

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

8 (11.1.1932)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 80 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif bei der Mithaltenhaltung des Zeitungsjahres, bei gerätlicher Betreuung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Erläuterungen und Geschäftsstellen in Karlsruhe i. B. o. Schluss der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Antere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, jährlich 41 Dfr. Einlieferung o. Ohne Lieferung 1,90 Mark o. Durch die Post 2,20 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Einzelhefte 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Weißstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstreuend-Zustellen Durack, Hauptstr. 9. D.-Baden, Jagdbausstr. 12; Postamt, Postfach 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 8

Karlsruhe, Montag, den 11. Januar 1932

52. Jahrgang

Keine politischen Zahlungen mehr

Reichskanzler Brüning erklärt, Deutschland kann politische Zahlungen nicht mehr leisten - Allgemeine ruhige Aufnahme der Erklärung, nur Aufregung in Paris

„Schwamm drüber!“

Der Reichskanzler empfing am Samstag einen Vertreter der amtlichen deutschen Nachrichtenagentur zu einer Unterredung, in der er zunächst darauf hinwies, daß er an der Lausanner Konferenz nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaußenminister, sondern auch als Reichskanzler teilnehme, dem nach der Bestimmung der Richtlinien der Politik zuzufallen. In seiner Begleitung wurden sich Reichsfinanzminister Dietrich, Reichswirtschaftsminister Warnecke und Staatssekretär von Bülow befinden.

Im weiteren Verlauf der Unterredung vermisste der Reichskanzler darauf, daß die Reichsregierung keineswegs beabsichtige, den Reichstag als maßgeblichen Faktor der deutschen Gesetzgebung auf die Dauer auszuschalten. Vielmehr habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstags auf den Beschluß hingewirkt, für Ende Februar dieses Jahres eine neue Tagung des Reichstags ins Auge zu fassen. Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde ein. Den Einberufungstermin nun aber etwa auf Mitte oder Ende Januar legen zu wollen, sei nach seiner Auffassung geradezu unverständlich. In dem gleichen Augenblick, in dem die Reichsregierung sich anschickte, die wichtigsten vaterländischen Interessen des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Ausland zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Plenum des Reichstags eine völlige Unmöglichkeit.

Der Reichskanzler äußerte sich dann über die Haltung der deutschen Delegation in Lausanne. Er führte dazu aus:

Es geht nicht für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Völker Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen geschildert, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erlasse von ihnen an, daß sie in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel dastünden. Zugleich beweierte der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt sei, gebieterisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln, fordere. Dafür, wozu die Entschlüsse der Regierungen gehen müßten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formalisierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinien an. Er setze die

tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhang gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der allgemeinen weltweiten Krise stünden. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen seinerzeit die Verfasser des Young-Planes ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit sei im Grunde alles gesagt.

Es liege klar zutage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache.

Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegenwärtige Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung trügen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Abschließend erklärte der Reichskanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in keinem Lande mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden und, wie der Sachverständigenbericht laute, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen.

Das Echo zu Brüning's Erklärungen

In England

London, 10. Jan. (Via Drahtber.) Die Erklärungen Brüning's über Deutschlands Haltung in der Reparationsfrage sind hier sehr ruhig aufgenommen worden. Sie haben keineswegs überfallen, da man hier stark mit der Möglichkeit einer solchen Stellungnahme gerechnet hatte. Das England die völlige Aufhebung der Reparatio-

nen und Kriegsschulden selbst wünscht, steht außer jedem Zweifel. Dafür liegt jetzt ein neues Zeugnis von einem Direktor der Bank von England vor, der in einer sehr scharfen Rede in Liverpool als einzigen Weg aus der Wirtschaftskrise der Welt die völlige Streichung der Kriegsschulden und Reparationen nannte.

In einem Interview befragte sich der Führer der Opposition Lansbury, mit den letzten Entwicklungen der Reparationsfrage er erklärte, der Standpunkt der Arbeiterpartei sei: „Schwamm drüber!“ Er meinte: „Wir sollten Amerika und der Welt sagen, daß wir weder Reparationen erhalten, noch Kriegsschulden bezahlen wollen!“

In Amerika

Washington, 10. Jan. Washington Evening Star berichtet, bei dem überwiegenden Teile der amtlichen Regierungskreise und der parlamentarischen Kreise habe Dr. Brüning's Erklärung über die Reparationsfrage keine große Ueberraschung hervorgerufen, denn seit dem Bekanntwerden des Völker Sachverständigen Berichtes sei es lediglich eine Zeitfrage gewesen, wann Deutschland das offiziell verkündete müsse, was alle gutunterrichteten Beobachter schon seit langem als unabwendbar erkannt hätten. Deutschland würde zusammenbrechen, wenn es Reparationen und die Privatschulden zahlen müßte, und Deutschlands Zusammenbruch würde in der ganzen Welt eine Wirtschaftsdemoralisierung zur Folge haben, die man kaum zu ermessen wage.

Bei der Finanz-Internationale

Basel, 10. Jan. Die Nachricht von den Erklärungen des Reichskanzlers über die Unmöglichkeit, weitere Reparationszahlungen zu leisten wird, wie die Schweizerische Demoskopenagentur erfährt, von den in Basel am Montag stattfindenden Verhandlungen der Finanz-Internationale der V.V. anwesenden Finanzleuten lebhaft erörtert. Es kann festgestellt werden, daß diese Erklärungen Brüning's weder in Kreisen der Finanzleute noch in Kreisen der Leitung der V.V. selbst besonders überrascht haben, da man in diesen Kreisen seit der Tagung des Beratenden Sonderausschusses mit einer diesbezüglichen Stellungnahme der deutschen Regierung gerechnet habe.

In Frankreich

Paris, 10. Jan. Finanzminister Landin empfing die Vertreter der französischen Presse und gab ihnen eine Erklärung, in der es heißt, wenn die Meldungen über Ueberlegungen des Reichskanzlers Brüning über die Einstellung der Reparationszahlungen richtig seien, dann würde das bedeuten, daß die Reichsregierung den Bestimmungen des Young-Planes und des Versailleser Vertrages ein Ende bereiten wolle. Es sei klar, daß kein Franzose die einseitige Kündigung von freien unterzeichneten Abkommen annehmen könne, Kündigungen, die die Fortsetzung des arbeitenden französischen

Rechtens auf Reparationen in sich schließen würden. Niemand befreit den Geist der Weltkriege.

Man würde die Krise unüberwindlich machen, wenn man sie durch neue Beeinträchtigungen in der Abführung der Beiträge noch komplizieren wollte, Beeinträchtigungen, die das thesaurierte Kapital vor veranlassen könnte, noch größeres Mißtrauen an den Tag zu legen. Wenn vor der Konferenz von Lausanne eine derartige Erklärung abgegeben werde, dann werde der Zusammentritt der Konferenz unmöglich. Man könne nicht gleichzeitig die Rechte Frankreichs über den Saufen werfen und die Zusammenarbeit mit Frankreich suchen wollen.

Sozialistische französische Stimme

In der am Samstag erschienenen Nummer der französischen politischen Wochenchrift Lumière veröffentlicht der sozialistische Abg. Grumbach einen interessanten Artikel, der sich mit dem Vorschlag der Depöche von Toulouse über die endgültige Streichung der Reparationen beschäftigt und die Gründe für den Widerstand auseinandersetzt, auf den der Vorschlag in Frankreich gestoßen ist. Grumbach geht zunächst auf die Haltung der Sozialisten in der Reparationsfrage ein und erklärt, daß die französische Section der Internationale gemäß den Beschlüssen des Amsterdamer Kongresses immer das unbestreitbare Recht Frankreichs auf Erhebung der Wiederaufbaukosten verteidigt habe und noch verteidige. Aber sie werde das Auge nicht vor der Wirklichkeit schließen. Wenn die französischen Sozialisten die Ueberzeugung gewinnen sollten, daß ein „Schwammstrich“ über die Reparationen das Mittel sein würde, die wirtschaftliche, finanzielle und politische Atmosphäre der Welt zu reinigen, vertrauensvolle Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland heraufzustellen, England bei der Ueberwindung seiner finanziellen Schwierigkeiten zu helfen, unter denen die Arbeiterklasse am meisten leide, und die Vereinigten Staaten zur Annulierung der internationalen Schulden zu bewegen, so würden sie nicht zögern, aller chauvinistischen Demagogie zum Trotz, das französische Volk aufzufordern, freiwillig auf die Reparationen zu verzichten. Von diesem Geiste sei sicherlich auch der Vorschlag der Depöche bezeugt gewesen.

Ueber die wenig enthusiastische Aufnahme, den der Vorschlag in den für die deutsch-französische Verständigung kämpfenden Kreisen gefunden hat, äußert sich Grumbach folgendermaßen:

„Nicht aus Furcht vor Hitler, wie seine Presse es darstellen will, lassen mutige Geister in Frankreich den endgültigen „Schwammstrich“ über die Reparationen ins Auge, sondern aus Furcht vor Hitler macht sich in allen Kreisen der französischen Bevölkerung ein derartiger Widerstand gegen die Reparationsstreichungen bemerkbar. Das Mißtrauen, das der Militarismus der Welt einflößt und das Deutschland schon so viel geschadet hat, verhindert gegenwärtig eine Liquidation des Reparationsproblems, die nur dann eine nützliche Lösung sein würde, wenn sie den deutschen Republikanern zugute kommt. Darüber möge sich Deutschland klar sein.“

Harzburger Kläglichkeit

Hitler u. Hugenberg zur Reichspräsidentenfrage - Das wollen Führer sein?

Am Samstag mittag sollte Herr Hitler aus Braunau dem Reichskanzler seine Entscheidung zum Plan der Reichsregierung in der Frage der Reichspräsidentenwahl mitteilen. Am Samstag mittag ließ Hitler mitteilen, daß er seine Antwort an Brüning nach 9 Uhr abends geben wolle. Aber auch diese Frist hat ihm und vor allem seinem Kollegen Hugenberg von der Harzburger Front nicht gereicht. Das Ergebnis der Beratungen, Betsprechungen und Erwägungen der Harzburger Bundesgenossen liegt immer noch nicht vor. Die Hitler und Hugenberg haben sich vielmehr entschlossen, sich noch nicht zu entschließen. Die Entscheidung macht ihnen offenbar Verlegenheiten und sie suchen das Maßeloch, in dem sie sich vor der Entscheidung vertrieben könnten. Diese Verlegenheiten und Ausflüchte und Vertagungen sind bereits ein Stück Entlarvung der Harzburger Front. Im Grunde genommen handelt es sich bei der Frage, die die Reichsregierung gestellt hat, für Politiker, die wissen, was sie wollen und die nicht einfache Opportunisten mit bössartigen Hintergedanken sind, um eine sehr einfache Sache, um ein einfaches Ja oder Nein.

Die Herren von der Harzburger Front haben sich immer vor dem Volke als die großen Politiker aufgeplustert, die nach großen und einfachen Richtlinien Politik betreiben. Sie bieten

jetzt dem Volke ein ganz anderes Bild. Hitler hat aus Angst vor der materiellen Entscheidung sich hinter verfassungsmäßige Bedenken verschanzelt - verfassungsmäßige Bedenken gerade bei Hitler gegenüber einem Vorschlag der Reichsregierung, ist das nicht ein Witz der Weltgeschichte? - die um Hugenberg versuchen, im Trüben zu fischen, beide Teile aber trachteten ganz offensichtlich nach Zeitgewinn.

Der Reichskanzler hat sich am Samstag mittag Herrn Hitler noch einmal kommen lassen. Er hat ihm noch einmal vorgehalten, worum es sich handle, daß es sich um eine Entscheidung von außerpolitischer Bedeutung handle und daß der Plan der Reichsregierung in völliger Uebereinstimmung mit den Vorschriften der Reichsverfassung sich bewege, was die maßgebenden Autoritäten des Staatsrechts bestätigen. Damit ist die Ausrede auf die orthodoxe Legalität einigermaßen unterbunden und es bleibt den Harzburgern nun die materielle Entscheidung.

Nach der Unterredung Hitler-Brüning hat dann die bereits angekündigte Unterredung der Bundesgenossen von der Harzburger Front stattgefunden. Nicht weniger als drei und eine halbe Stunde haben Hitler und Hugenberg zusammengeessen, um zu herabzuschlagen, was sie tun sollten. Die Länge der Unterredung läßt erkennen, daß ihnen beiden nicht

wohl ist. Jeder möchte dem anderen die Initiative zur Verantwortung der Entscheidung überlassen. So erfährt man am Samstag abend, daß Hitler seine Entscheidung erst am Montag mittag dem Reichszentraler Brüning mitteilen werde.

In der Zwischenzeit hat — am Sonntag — eine Unterredung zwischen Brüning und Hugenberg stattgefunden. Herr Hugenberg, der über seine Zurücksetzung bei den vorhergehenden Besprechungen maßlos wütend gewesen ist, erhält diese Besprechung als kleines Pfaster auf die Wunde seiner verletzten Eitelkeit. Die Harzburger kämpfen um Zeitgewinn. Vielleicht hofften sie, mit Hilfe der Verschleppung noch im Trüben fischen zu können, vielleicht hofften sie, daß angesichts ihrer Verschleppungstaktik eine Entscheidung von anderer Seite kommt, die sie der eigenen Entscheidung überhebt. Sie bieten dem Volke ein klägliches Bild. Das sind die großen Führer, die nach der Macht greifen wollen!

Hurra, hoch; Harzburger Durcheinander!

Berlin, 11. Jan. (Zurückdienst). Die Herren, die angeblich für jedes Problem ein Rezept zur Lösung in der Tasche haben und Deutschland nach diktatorischen Grundrissen regieren möchten, die Hitler und Hugenberg, sind sich über ihre Antwort an Brüning wegen der Reichspräsidentenwahl noch nicht einig. Sie händeln unter sich und möchten mit anderen, die sie sonst als Träger des Systems verleumden und verdammen, ebenfalls händeln, als wären es ihre besten Freunde. Diese „traurigen Watschlappen“, wie sie einer, der an Verhandlungen mit ihnen teilgenommen hat, uns gegenüber bezeichnete.

Am Freitag kündigten die Harzburger ihre Antwort an Brüning für Samstag nachmittag an, am Samstag nachmittag sollte es Samstag abend sein, am Samstag abend vertratete man die Mittwelt und sich auf Montag mittag und wenige Stunden später gar auf Montag abend.

Sowohl bei Hitler als bei Hugenberg geben die Meinungen darüber, ob man sich für die Wiederwahl Hindenburgs durch den Reichstag entschließen soll, stark auseinander. Im Nazilager ist die radikale Strömung unter allen Umständen gegen Hindenburgs Wiederwahl durch den Reichstag wie gegen Hindenburgs Wiederwahl überhaupt, während die Richtung Göring-Röhm dem Plan der Reichsregierung nicht ohne weiteres ablehnend gegenübersteht und Hitler persönlich in seiner ersten Unterredung mit dem Reichswehr- und Reichsinnenminister Gröner gar eine gewisse Sympathie für die Wiederwahl Hindenburgs durch den Reichstag erkennen ließ. Und zwar ohne jede Bedingung. Als Hitler am Mittwoch abend bei Gröner weilte und über die Absicht der Reichsregierung zur Wiederwahl Hindenburgs unterrichtet wurde, hatte er die Situation noch nicht begriffen. Erst am anderen Tage ist diesem „Führer“ ein Licht über die Tragweite seiner Stellungnahme aufgegangen.

Im Eugenberglager gibt es ebenfalls zwei Richtungen: Die eine ist für den Plan der Regierung, die andere dagegen. Die Gegner sind in der deutschnationalen Fraktion in der Mehrheit.

Hugenberg ist persönlich gegen Hindenburgs Wiederwahl durch den Reichstag und hat seiner Antipathie gegen den Reichspräsidenten, die uneres Wissens auf Gegenseitigkeit beruht, schon seit Tagen in seiner Presse Ausdruck geben lassen.

Die Frage ist gegenwärtig, wie Hugenberg und Hitler antworten, ob sie beide eine gemeinsame ablehnende Antwort übermitteln oder ob sie ablehnen mit verschiedenen Motivierungen oder ob sich der eine gar negativ und der andere positiv entscheidet. Im Augenblick ist keine dieser Möglichkeiten ausgeschlossen und ebenso ist es möglich, daß die für heute abend angekündigte Entscheidung der Harzburger „Watschlappen“ ebenso aussieht, wie ihre bisherigen „Entscheidungen“.

Stunk im Essener Nazilager

Dem SPD. wird aus Essen geschrieben: Im Essener Nazilager stinkt es wieder einmal mächtig. Es ist zur Zeit ein heftiger Kampf im Ganzen, dem zunächst der bisherige Gauleiter Terboven zum Opfer gefallen ist.

Terboven und seinem Freunde, dem Standarten-Adjutanten, Oberleutnant a. D. Weirauch, wird u. a. die Unterschlagung von etwa 50 000 M. vorgeworfen. Weirauch soll diese Summe, wie eine Nachprüfung ergeben hat, ausgegeben, aber im Sinne der Bewegung verwandt haben.

Weirauch soll ferner mit einer nahesten Verwandten des Fabrikanten Hoffmann, eines der Hauptgeheber der Essener Nazis, auf nicht gewöhnlichen Liebeswegen gewandelt sein.

Die Liebeslei endete mit Krach. Hoffmann wurde Weirauchs ärgster Feind. Das Ende vom Lied ist, daß Weirauch verhaftet werden soll, wogegen er sich aber heftig sträubt. Angesichts dieses Skandals schiedte Hitler seinen Kommissar Ströher ins Ruhrgebiet. Er soll den Essener Lagerstall ausmisten.

Ströher hat zunächst die sofortige Amtsenthebung Terbovens verfügt. Einige andere Essener Nazigrößen sind bereits früher abgesetzt worden. So der jetzige Radikaldemokrat Leutnant Kettesheim, der Standartenführer und ehemalige Ministerliche Polizeihauptmann Mesermann, der ebenfalls der NSDAP. den Rücken gekehrt hat. Der Sturmführer Vier, der sich den Oberleutnants-titel selbst zugeleitet hatte, wurde abgesetzt, weil man ihm Unterschlagung von Parteigeldern vorwarf. Vier und Weirauch sollen zudem mit den Kommunisten konspiriert haben. Die ehemaligen Sturmführer Hilmar Koch und Schmidt aus Steele sieben heute als kommunistische Wandrerredner umher.

In Dortmund ist der Stadtverordnete und Ortsgruppenvorsitzende der Nazis, König, abgesetzt worden. König wurde von dem Reichstagsabgeordneten Wagner (Boschum) gestürzt. Beide setzten sich stark für das Naziblatt Rote Erde in Bochum ein, während Hitler die Essener Nationalzeitung protegirt. Wagner dürfte wahrscheinlich ebenfalls der Hitlerschen Säge zum Opfer fallen.

Nazitheater am Berliner Schiffbauerdamm pleite

Das Berliner „Deutsche Nationaltheater“ der NSDAP. das im „Theater am Schiffbauerdamm“ ein nur kurzes und künstlerisch recht unruhiges Gastspiel gab, hat seine Pforten wieder geschlossen. Die Zeitung des Theaters hat der Theaterabteilung des Berliner Volksprevideniums mitgeteilt, daß ihre Mittel erschöpft seien.

Mit bombastischer nationalstischer Propaganda, begleitet von Attraktionen und Hebräer der Goebbels und Sintel, war der Laden lärmend aufgemacht und mit Leo Benz „Heimlicher Brautpakt“ zuerst zu füllen verurteilt worden. Aber selbst diese harmlose Brautpakt konnte die Kasse in die Pleite nicht verhindern.

Reichsbankausweis

Der Reichsbankausweis vom 7. Januar zeigt eine Notendeckung von 24,9 Prozent gegen 24,2 Prozent in der Vorwoche.

Gemeindewahlen in Lippe

W.B. Detmold, 10. Jan. Die lippsischen Gemeinderatswahlen sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Lediglich in Schölar kam es im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei. Dabei wurden ein Nationalsozialist und ein Kommunist verletzt. Die Wahlbeteiligung war äußerst stark.

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen einschließlich der freigesetzten Städte:

	Bei der letzten Reichstagswahl	Bei der letzten Gemeinderatswahl
Sozialdemokraten	25 396	30 142
Deutschnationale	8 616	7 263
Bürgerliche Liste	13 237	0
Zentrum	2 282	2 648
Evangelischer Volksdienst	3 250	5 023
Nationalsozialisten	28 442	20 510
Kommunisten	9 570	5 867

Nach dem Ergebnis der Kreiswahlwahlen im Kreise Detmold verteilen sich die Mandate wie folgt:

Sozialdemokraten	8
Deutschnationale	2
Bürgerliche Liste	0
Zentrum	3
Evangelischer Volksdienst	1
Nationalsozialisten	7
Neutrale Liste	0
Kommunisten	3

Der eigentliche Wahlkampf wurde nur zwischen drei Parteien ausgefochten: Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten. Die lippsische Sozialdemokratie führte den Wahlkampf fast ausschließlich mit den Kräften des eigenen Bezirkes. Neben den drei Reichstagsabgeordneten aus dem Bezirk Bielefeld-Westfalen haben nur noch vier weitere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in den letzten zwei Tagen in den Wahlkampf eingegriffen. Die Nationalsozialisten liehen eine große Anzahl ihrer sogenannten Kanonen aufzuführen, darunter Hitler, Klages, Feder, Prinz Luwi. Die Nationalsozialisten führten den Wahlkampf in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie und bedienten sich dabei der gehässigen Verleumdungen und Beschimpfungen.

Aus Grubenkatastrophe gerettet

Von den 14 Opfern des Gebirgsschlages bei Beuthen nach 144 Stunden lebend geborgen

Beuthen, 10. Jan. Die mit größtem Eifer fortgesetzten Bergungsarbeiten auf der Karsten-Zentrums-Grube scheinen von Erfolg zu sein.

Im Laufe des heutigen Vormittags ist es gelungen, mit vier der insgesamt vierzehn seit dem vergangenen Montag abgetrennten Bergleuten in Verbindung zu treten.

Gegen 18 Uhr war auf der Karsten-Zentrums-Grube mit drei weiteren Bergleuten die Verbindung aufgenommen.

Es sind also sieben Bergleute von den 14 Opfern der Katastrophe geborgen.

Als sich kurz nach 16 Uhr in Beuthen wie ein Knall das Geräusch verriet, daß auf der Karsten-Zentrums-Grube die am vergangenen Montag Bergleuten noch am Leben seien, setzte sofort eine wahre Höllemannderung

nach der etwas außerhalb des Stadtgebietes liegenden Grube mit allen möglichen Fahrzeugen ein. Auch vor dem Knappschäftslozareth sammelten sich große Menschenmassen an, um Näheres über dieses Gerücht zu erfahren. Wenige Minuten später sammelten sich auch sämtliche Sanitätswagen der Stadt vor den Toren der Grube, um die Aufsuchenden so schnell wie möglich den Lazaretten zu zuführen. Als jedoch bekannt wurde, daß die Bergungsarbeiten noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, luden die Wagen zunächst wieder in die Stadt zurück. Der Bevölkerung hat sich nach der Befestigung der Märsche über die Aufnahme der Verbindung mit sieben der Bergleuten eine heftige Erregung bemächtigt. Diese Bewegung der Dinge bildet das allgemeine Gesprächsthema. Auch im übrigen Oberbergschen hat die sofort weitergeleitete Nachricht Erkäunen und Freude ausgelöst.

Beuthen, 10. Jan. Die mit großer Beschleunigung fortgeführten Bergungsarbeiten hätten kurz nach 18 Uhr den Erfolg, daß der am Mittwoch stammende verheiratete Fäller Paul Kulpoß als erster — nach 144 Stunden — so gut wie unverletzt und anscheinend auch verhältnismäßig frisch geborgen werden konnte. Der Gerettete feiert heute — ein seltener Zufall — den 25. Geburtstag. Nachdem gegen 19 Uhr der Füller Paul Kulpoß als erster der

am vergangenen Montag auf der Karsten-Zentrums-Grube verschütteten 14 Bergleute ins Knappschäftslozareth eingeliefert worden war, sind bis zur Stunde — 20 Uhr — noch drei verheiratete Fördermann Alois Storzinski aus Mieschowitz und der verheiratete Kohleleger Alfred Stame aus Beuthen ins Knappschäftslozareth eingeliefert worden.

Die weiteren Geretteten befinden sich noch unter Tage, um sich allmählich an den Luftdruck zu gewöhnen.

Bis 20.30 Uhr waren der in Schwientochowitz wohnhafte verheiratete Bauer Josef Antonowki und der ledige Fördermann Emil Ludwig aus Kari, beide mit Beinbrüchen, ins Knappschäftslozareth eingeliefert worden.

Bei den zwei im Lazarett befindlichen geretteten Bergleuten Antonowki und Ludwig haben sich die Verletzungen nur als Fleischwunden herausgestellt. Die beiden noch unter Tage befindlichen Geretteten haben Knochenbrüche erlitten und können infolgedessen nur mit großer Schwierigkeit in Sicherheit gebracht werden. Der eine von diesen beiden Verletzten ist der Bauer Warel.

Die Bevölkerung nimmt an der glücklichen Bergung der bereits Totgeborenen überaus herzlichen Anteil. In Karsten werden den Geborgenen Lebensmittel zur Verfügung gestellt.

Der amtliche Bericht über die Rettung

W.B. Beuthen, 10. Jan. Das Oberbergamt Breslau teilt mit: Die Rettungsarbeiten auf der Karsten-Zentrums-Grube haben den höchst erfreulichen Erfolg gehabt, daß von den durch einen Gebirgsschlag verschütteten 14 Bergleuten nach sechs Tagen sieben Leute lebend geborgen worden sind. Die Geretteten sind verhältnismäßig wohlhaft, wenn auch zum Teil recht schwach. Nur zwei von ihnen sind äußerlich verletzt.

Das Schicksal der übrigen Bergleuten ist noch ungewiß, doch ist mit dem Tode der meisten zu rechnen. Die Bergungsarbeiten sind äußerst schwierig. Die konnten den erzielten schönen Erfolg nur haben, weil alle Leute unter Nichtachtung ihres Lebens ihr Bestes getan haben, um zu ihren verschütteten Kameraden vorzudringen. Die Bergungsarbeiten gehen mit aller Kraft weiter.

Die Neubildung des franz. Kabinetts

Paris, 10. Jan. Die Kaentur Dasas verbreitet eine Betrachtung über die Aussichten der Regierungsneubildung, in der gesagt wird, Lardieu habe sich Laval gegenüber bereit erklärt, sowohl das Kriegsministerium zu übernehmen als auch im Landwirtschaftsministerium zu bleiben. Es ist wahrscheinlich, daß Laval selbst das Außenministerium übernehmen werde.

Rücktritt des Botschafters Dawes

W.B. Washington, 9. Jan. Im Staatsdepartement herrscht große Ueberraschung über eine in der Presse veröffentlichte Erklärung des Generals Dawes, daß er seinen Rücktritt vom Londoner Botschafterposten beschlossen habe. Im Weißen Hause wurde erklärt, offenbar sei infolge der Verhältnisse in Chicago und der für dort geplanten Weltausstellung keine händliche Anwesenheit in seiner Vaterstadt erforderlich geworden. Dawes werde die Delegation in Genf führen, bis die Ausschüsse ihre Tätigkeit begannen.



Charles Dawes, der Botschafter der USA. in London und Vater des Dawesplanes.

In politischen Kreisen betrachtet man das plötzliche Ausscheiden von Dawes als das Resultat seiner Beobachtungen. Er habe die finanzielle Lage insbesondere der mittleren Banken so ernst gefunden, daß er beschlossen habe, sich selbst im sein Bankinstitut in Chicago zu kümmern. Allgemein wird das heute hier aufgetauchte Gerücht bezweifelt, daß Dawes gegen Hoover kandidieren wolle.

Graham †

London, 9. Jan. Der frühere Handelsminister Graham ist der Lungenentzündung erlegen, an der er seit einigen Tagen darniederlag. Graham, der aus der Innerlichkeit Edinburgh hervorgegangen war, war der bedeutendste Finanz- und Wirtschaftssachverständige, den die Arbeiterpartei besaß.

Tagung der B3J in Basel

Basel, 10. Jan. Zur Sitzung des Verwaltungsrates der B3J, der nach zweimonatiger Pause am Sibe der Bank einberufen ist, sind die dem Verwaltungsrat angehörenden Mitglieder bereits vollständig in Basel amehnd, so die deutschen Mitglieder, Reichsbankpräsident Dr. Luder, Bankier Dr. Meißner und Generaldirektor Reich. Auch Geheimrat Oberfinanzrat Dr. Kede von der Deutschen Reichsbank weilt aus dem gleichen Grunde in Basel.

Sieht so die „Wirtschaftsankurbelung“ aus

Berliner Metallindustrie kündigt 2000 Angestellten
 W.B. Berlin, 10. Jan. Wie von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, hat die AEG 1100 Angestellten die Kündigung ausgeben lassen. Neben der AEG. haben auch andere großen Firmen der Berliner Metallindustrie zahlreiche Angestellten gekündigt, so u. a. Siemens, Bergmann, Generalmotor, Maschinenschwarzpulver. Ein schließlich der Kündigungen bei der AEG. sind im ganzen rund 2000 Angestellten gekündigt worden. Dazu kommen noch die Angestellten der Firma Borfa, denen ebenfalls reflexlos gekündigt worden ist.

Bergarbeiterinternationale protestiert

W.B. Genf, 9. Jan. Das Exekutivkomitee der Internationale der Bergarbeiter nahm in seiner heutigen Sitzung eine Entschliessung an, die mit Entrüstung feststellt, daß die Konferenz der Regierungsvertreter der lobpreisenden Länder vom 7. Januar in Genf, die sich mit der Möglichkeit der Ratifikation der internationalen Konvention über die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken zu beschäftigen hatte, nicht zu betrieblenden Schlussfolgerungen gelangt ist.

Das „Andere Deutschland“ verboten

Das „Andere Deutschland“, die bekannte sozialistische Wochenchrift, ist wegen eines am 2. Januar erschienenen Artikels „Antwort an die „makabrenden Kreise“ in Deutschland“ bis zum 5. Februar verboten worden.

Bei dem Artikel handelt es sich, wie der Verlag mitteilt, um die Weitergabe eines von dem Präsidenten der französischen Liga für Menschenrechte, Prof. Balf, in der französischen Presse veröffentlichten Artikels.

Berurteilung wegen Hochverrat

Stuttgart, 9. Jan. Adolf Raubach, Redakteur der Süddeutschen Arbeiter-Zeitung, wurde vom Reichsgericht zu acht Monaten Festungshaft verurteilt wegen Vorbereitung zum Hochverrat, begangen in einigen politischen Artikeln der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“.

Das japanische Kabinett bleibt im Amt

Tokio, 9. Jan. Der Kaiser hat den Rücktritt des Kabinetts nicht angenommen. Das Kabinett bleibt also weiter im Amt.

Freistaat Baden

Badische Regierung wahrt die Staatspflichten

Die Hausjungen bei Mitgliedern der NSDAP.
Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Minister des Innern hat die kurze Anfrage des Abgeordneten Wagner vom 17. Dezember 1931 wegen Hausjungen bei Mitgliedern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wie folgt beantwortet:
Zu 1. Die Maßnahmen wurden von zuständigen Polizeibehörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit (vgl. §§ 94 ff., 105, 163 StPO.) durchgeführt.
Zu 2. Die Polizei wird auch weiterhin die ihr obliegenden Dienstpflichten wahrnehmen.
Zu 3. Das beschlagnahmte Material ist Bestandteil der Akten, die der zuständigen Strafverfolgungsbehörde vorgelegt wurden.
Zu 4. Die Frage 4 erledigt sich durch Beantwortung der Frage 3.

Reichsgründungsfeier

Dr. Karlsruhe, 9. Jan. Durch einen Erlaß des Unterrichtsministers werden die Leiter sämtlicher Schulanstalten veranlaßt, am 18. Januar 1932, nach Schluß des Unterrichts vormittags 11 Uhr, in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung der Reichsgründung hinzuweisen.

Die Rheinschiffahrts-Polizeiordnung

In Nr. 2 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes wird die von den in der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt vertretenen Regierungen antwortende Änderung der Rheinschiffahrts-Polizeiordnung bekanntgegeben. U. a. hat § 22 Ziffer 1 folgende Fassung erhalten: „Zwischen Basel und Straßburg ist die Schifffahrt bei einem Wasserstand von mehr als 3 Meter am derzeitigen Weiler Weel unterlagert. Zwischen Straßburg und Lauterburg ist die Fahrt mit Dampfmaschinen bei einem Wasserstand von mehr als 5 Meter am Straßburger Weel unterlagert. Zwischen Lauterburg und Mainz ist die Fahrt mit Dampfmaschinen bei einem Wasserstand von 7 Meter oder mehr am Mainzener Weel unterlagert.“ — Sinter dem § 26 wurden besondere Vorschriften für die Schifffahrt auf dem Rheintal-Kanal (Abchnitt Bünningen—Rembs) eingefügt.

Nationalsozialisten gegen Landbündler

Es wird mit Ausweisung gedroht

Nicht überall im Reich besteht jene traute Harmonie zwischen Nationalsozialisten und Landbündler, wie bei uns in Baden, da sich eben mancherorts die Landbündler nicht sohermaßen unterm Faltenkreuz verhalten wollen wie im Mutterlande. Das bejagt den Nazis nicht und sie drohen in der bei ihnen üblichen Weise, diesmal allerdings nicht mit Hängen, sondern mit Ausweisung. So hat es dem Presseblatt des Deutschen Landarbeiterverbandes zufolge der sogenannte Landwirtschaftliche Sachverständige der NSDAP, Walter Darré, in diesen Tagen die Schriftleitung der Zeitung „Deutsches Landvolk“ durch einen Einschreibebrief wissen lassen. Der Brief hat nach der genannten Zeitung folgende Wortlaut:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Reichsleitung, München, Brienerstraße 45, Postfach 1000.
Fernsprecher: 56 065 bis 56 067, München, Nummer 23 319.
Organisations-Abt. II (Partei), Abt. Landwirtschaftlichen, Gb.-Nr. 2232.

Einschreiben! München, den 18. November 1931.
An die Schriftleitung Deutsches Landvolk
Beratungswortführer Schriftleiter Julius Burs,
Berlin SW 11, Sallersches Ufer 22, II.

In Nummer 46 Ihrer Zeitschrift „Deutsches Landvolk“ vom 12. November 1931 greifen Sie mich an. Es bleibt Ihnen unbenommen, zu tun, was Sie nicht lassen können. Für alle Fälle aber mache ich Ihre Funktionäre darauf aufmerksam, daß Sie die Äußerung für ihr Verhalten bekommen werden und daß Sie, wenn Sie so weitermachen, im Dritten Reich ansuandern können.

Sei!
(Parteiorg.) (bes.) A. Walther Darré.

Man sieht, daß die Nationalsozialisten mit ihren Drohungen nach allen Seiten bei der Hand sind. Wer ist eigentlich im „Dritten Reich“ nicht vogelfrei?

Volkswirtschaft

Das Tabakgeschäft

Dr. Ullrich Amt Bruchsal, 8. Jan. Legten Montag wurde der diebe Reiz des Tabaks der diesjährigen Ernte mit 306 Tn. eingewogen. Als Käufer waren die Firma Meerbach, Untergrombach, sowie die Firma Marx, Bruchsal, aufgetreten. Der Preis betrug sich durchschnittlich in der Höhe von 45 Mark.

Dr. Fischinger bei Breiten, 8. Jan. Der Tabak aus dem Jahre 1931 wurde an die Firma Barth und Heubelmer in Bruchsal verkauft zum Preis von 36—46 Mark je Zentner. Zum Verlegen kamen 308 Zentner.

Zahlungseinstellung von Kaufhaus Wronker-Ludwigshafen

WLB, Ludwigshafen, 8. Jan. Zu Beginn des vergangenen Jahres sah sich das Kaufhaus Wronker u. Co., Kaufh., Inh. R. Siroch, genötigt, einen Vergleich mit den Gläubigern abzuschließen auf der Basis von 70 Proz. Gläubiger bis zu 300 M sollten voll befriedigt werden. Durch die finanzielle Entwicklung der letzten Jahre und hauptsächlich durch die zurückgegangene Kaufkraft in Ludwigshafen konnte die Firma ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommen und steht sich jetzt genötigt, erneut ihre Zahlungen einzustellen. Aus dem Treuhänderbericht geht hervor, daß auf die Forderungen über 300 M von einem Gesamtbetrag von 408 000 M bisher 35 Proz., d. i. 142 000 M, bezahlt wurden, auf diejenigen bis zu 300 M mit 80 567 M rund 73 000 M oder 71,55 Proz. Die Eigentumsverhältnisse sind über 700 000 M und sind voll befriedigt. Auf Grund von Unterlagen müsse die Lebensfähigkeit des Unternehmens bejaht werden. Insgesamt bestehen mit inzwischen noch eingegangenen neuen Verbindlichkeiten zusammen für 450 000 M Verbindlichkeiten.

So sieht der Patriotismus der Unternehmer aus

Zu der Anfang dieser Woche verbreiteten Meldung, daß sich die in Hamburg Hafen stillgelegte Tonnage vom Dezember 1931 bis zum Januar 1932 um 250 000 Tonnen auf 700 000 Tonnen gesteigert — der stillgelegte Schiffsparc umfasst 175 Seeschiffe, darunter 25 Schiffe ausländischer Flagge — schreibt uns unser Hamburger Mitarbeiter u. a.:
„Dieses rapide Anwachsen der auslaufenden Tonnage hat seine besonderen Ursachen, die nicht allein mit der Weltwirtschaftskrise

Gesenkte Margarinepreise

Die Ursache nicht die Notverordnung sondern die zusammengebrochene Preiskonvention

Der Margarinekonzern Unilever (Sürgens, von den Berah Margarine-Verkaufs-Union) teilt mit, daß er, im Sinne der vierten Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten, die Kleinhandelspreise für seine Spitzenmarken ab 1. Januar 1932 erheblich gesenkt hat und zwar für Rama im Pflaumenband von 1 M auf 80 Pfg., für Sanelle von 70 auf 63 Pfg. und für Palm in ebenfalls von 70 auf 63 Pfg. Auch die Großhandelspreise werden einer entsprechenden Senkung unterzogen.“

Originell ist, daß der Margarinetrust die Preisentung, die schon lange fällig war, auf die vierte Notverordnung zurückführt. Danach wäre der Trust weit über die Bestimmung der Notverordnung hinausgegangen und verdient eine Belohnung für fröhliche und radikale Preisherabsetzung. In Wirklichkeit ist der bewegende Grund für die Preisentung der Zusammenbruch der Margarinepreiskonvention.

In der Margarineindustrie, die vor einiger Zeit durch eine empfindliche Preiserhöhung überrascht, haben sich in den letzten Tagen Dinge ereignet, die sicherlich von allgemeinem Interesse sind und einen interessanten Beitrag zum Kapitel Preisentung abgeben. Die Vorgänge in der Margarineindustrie zeigen, wie in Deutschland Preise „gemacht“ werden und der Reichskommissar für Preisentung tut gut, die Dinge in der Margarineindustrie im Auge zu behalten.

Der Margarinemarkt in Deutschland wird zu 80 bis 90 Prozent durch den englisch-holländischen Konzern Unilever beherrscht. Er tritt in Deutschland unter dem Namen von den Berah oder Sürgens und Brins auf. Zentrale des Konzerns ist Hamburg. Die restlichen 10 bis 20 Prozent werden von ungefähr 40 Margarinefabriken in Anspruch genommen, die sich zu einem Verband der freien Margarinefabriken zusammen geschlossen haben.

Unter den Fabriken, die sich nicht der Preiskonvention angeschlossen, befand sich das leitende Unternehmen des Verbandes der freien Margarinefabriken, die Teutoburger Margarinewerke. Das Unternehmen lebte auch dem Verband den Rücken, wurde Außenleiter und nahm den Kampf gegen die Preiskonvention und seine Preisfestsetzungen auf. Wohlweislich hatte es sich für diesen Kampf eigene Dehmühlen zugelegt. Die Teutoburger Margarinewerke waren damit sowohl von dem Margarinetrust Unilever als auch

von den „freien“ Dehmühlen unabhängig. Das war den Teutoburger Margarinewerken nur zu raten. Denn die Dehmühlen der Teutoburger Margarinewerke, die wirklich eine freie Margarinefabrik waren, wurden prompt aus dem Verband der „freien“ Dehmühlen ausgeschlossen, als sich die Teutoburger Margarinewerke weigerten, der Preiskonvention beizutreten. Das ist die „freie Wirtschaft“ in Deutschland, deren Lied immer wieder von den Unternehmerverbänden gesungen wird. Wer nicht mitmacht, fliegt. Wer sich nicht dem Diktat des Verbandsjundikus unterwirft, wird ausgeschlossen. Wagt du nicht mein Bruder sein, schlaa ich dir den Schädel ein.

Die Teutoburger Margarinewerke haben sich gegen die Preiskonvention vorerst durchsetzen können. Die Preiskonvention hat sich im Kampf gegen diesen Außenleiter nicht als stabil erwiesen. Sie hat nur 1 1/2 Monate bestanden und ist mit dem Anfang des neuen Jahres zusammengebrochen. Die Folgen sind, daß in den billigsten Margarineorten der alte Preis von 27 Pfennig wieder hergestellt wurde. Aber auch in den Qualitätsorten hat der Margarinekonzern seine Preise senken müssen. Der kampfesprohe Außenleiter, die Teutoburger Margarinewerke, ist nämlich so leicht zu Kampfpreisen in den Qualitätsorten übergegangen, um dem englisch-holländischen Konzern auch auf dem Gebiet der Qualitätsmarken entgegenzutreten.

Die so erzwungenen Preisentungen müssen vor allem aus dem Gesichtswinkel der gesunkenen Rohstoffpreise betrachtet werden. Der Preis für Sojabohnenöl ist von 71,75 M pro Zentner auf 40 M zurückgegangen, der Preis für Palmterne von 79 auf 42 M. Sicher fällt die Ermäßigung der Preise z. B. für „Rama im Pflaumenband“ um 20 Prozent ins Gewicht. Wälglich wird sie durch die Rohstoffpreisentung. Durch die Notverordnung wäre die Preisentung nicht eingetreten. Sie ist erst durch den Zusammenbruch der Preiskonvention erzwungen worden.

Deshalb soll man sich auch keiner Täuschung hingeben. Vorerst geht der Kampf zwischen Außenleiter und Konzern weiter. Früher oder später wird man sich jedoch auf irgendeiner Basis verständigen und zwar auf Kosten der Verbraucher. Deshalb unsere Aufforderung, der Reichskommissar für Preisentung möge die Dinge scharf im Auge behalten.

Kontrolle der Preise!

Ein Beispiel, das überall Nachahmung verdient

Die freien Gewerkschaften Sachsens wenden sich in einem Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Preise zu kontrollieren. Überall in Deutschland sollten die Lohn- und Gehaltsempfänger mit gleichem Nachdruck die Preisentung durchzuführen. In dem sächsischen Aufruf heißt es u. a.:

„Die Gewerkschaften haben sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen den unverhältnismäßigen Wobau gewehrt und sie werden jetzt erst recht ihre ganze Kraft einsetzen, um ein weiteres Absinken der Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu verhindern. Zwar lassen die gegenwärtige Gesamtlage der Wirtschaft und die durch die Notverordnung geschaffenen rechtlichen Bindungen einen Kampf um die Lohn- und Gehaltshöhe im allgemeinen als aussichtslos erscheinen.“

Die Gewerkschaften werden sich aber den veränderten Kampfbedingungen anpassen müssen und um so entscheidender die Kaufkraft der Löhne durch Druck auf die Preise verteidigen.

Zwar sieht die Notverordnung auch Maßnahmen zur Preisentung vor. Aber die Arbeiter, Angestellten und Beamten können sich ebenbürtig auf die automatische Wirkung dieser indirekten Maßnahmen und auf die lokale Durchführung derselben durch die Verkäufer wie auf den Reichskommissar verlassen.

Deswegen haben die Gewerkschaften von sich aus Einrichtungen zur Kontrolle der Preisbewegung getroffen. Sie sind gewillt, mit allen erfolgversprechenden Mitteln da einzusetzen, wo die Preisentung nicht der Senkung der Löhne, Gehälter und sonstigen Selbstkosten entspricht.

Wo es im Interesse der Arbeitnehmer nötig ist, werden die Gewerkschaften auch vor

Konkretmaßnahmen

nicht zurückzucken.
Die Kontrolle der Preise, wie überhaupt der Kampf um den Reallohn von der Preisseite her, erfordert noch mehr als der Lohnkampf die tatkräftige Mitwirkung der als Verbraucher in Frage

kommenden Massen. Durch die Ortsausschüsse der Soigenorganisationen (UDGB, UFA, UDB) und die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften werden durch Funktionäre noch nähere Weisungen für die einzelnen durchzuführenden Maßnahmen erhalten. Wir rufen aber schon jetzt die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder auf, alle zweckdienlichen Wahrnehmungen an ihre Verwaltungsstellen zu berichten und von sich aus bei allen Einkäufen auf einen dem Lohn- und Gehaltsabbau entsprechenden Preisabbau hinzuwirken.

Neue Preisausgleichungsverordnung

Der Reichskommissar für die Preisüberwachung hat die neue Verordnung über den Preisausgleichungswang erlassen. In Zukunft unterliegen auch

sämtliche Mühlenzergüsse, Speiseeier, Käse, Zucker, Kartoffeln, Salzheringe, sämtliche Speiseeier, Käse, Kakaos, Bohnentaffee, Erbsentaffee, Obst und Gemüse dem Preisausgleichungswang.

Die Preisausgleichung hat in der Form zu erfolgen, daß alle Waren, die sichtbar ausgestellt sind, mit dem Preis für die übliche Verkaufseinheit und einer Qualitätsbezeichnung versehen sein müssen. Für die nicht sichtbar ausgestellten Waren muß in deutlich erkennbarer Form ein Preisverzeichnis ausgehängt werden.

Der Verband der Bäckereibetriebe

hat sich bereit erklärt, für Großberlin die Preise um durchschnittlich 10 bis 20 Prozent zu senken und die ihm angeschlossenen Betriebe im Reich aufzufordern, eine ähnliche Senkung, mindestens aber von 10 Proz. durchzuführen. Auch mit den heimischen Wälganstellen sind Vereinbarungen über Preisentungen erfolgt.

Für Württemberg

hat Reichskommissar Dr. Gerdeler den Polizeipräsidenten von Stuttgart, Kläber, als seinen Beauftragten bestellt.

zu erklären sind. Die deutschen Reedereien und besonders die Hamburger Reedereien sind mehr und mehr dazu übergegangen, die eigenen Schiffe aufzulassen und

ausländische, hauptsächlich englische Schiffe in Dienst zu nehmen, weil das für sie billiger ist. Die Reedereien sparen dabei zwar nicht an der Feuer, denn die englischen Löhne sind noch etwas höher als die deutschen; aber sie haben dann eine gute Gelegenbeit.

Sich um soziale Abgaben, Steuern usw. zu drücken. Den deutschen Seeleuten wird dadurch die Arbeit genommen. Sie können sehen, wie sie mit ihren Angehörigen durchkommen. Betrachtet man von diesem Standpunkt aus das Ansteigen der aufgesetzten Tonnage im Hamburger Hafen, dann wird man den Verdacht nicht los, daß hier die Reedereien aus eigenmächtigen Gründen eine bewußte Sabotagepolitik gegen die deutsche Volkswirtschaft betreiben. Berücksichtigt man ferner, daß nach wie vor Tausende von fremden Seeleuten in der deutschen Handelsflotte beschäftigt werden, dann muß man das Vorgehen der Reedereien als

einen unerhörten Skandal

bezeichnen, gegen den unbedingt eingeschritten werden muß.“
Im Grunde genommen handelt es sich hier um einen Beitrag zum Kapitel Patriotismus, von dem unsere deutschen Unternehmer gern reden, für den sie aber keinen Pfifferling geben, wenn kein Profit dabei herauspringt.

Tagungen

Landesverband reisender Gewerbetreibender Badens

Am 6. Januar fand im Saale des Hotel „Goldener Adler“ zu Karlsruhe, die 13. Tagung des Verbandes statt. Anwesend waren Delegierte von Freiburg, Offenburg, Flörsheim, Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg und Lörzach. Berner Vertreter der Behörde und

politischen Parteien. Im 10 Uhr vormittags wurde die Sitzung von dem Vork. der Ortsgruppe Karlsruhe, Herrn H. H. Müller, eröffnet und die Leitung dem 1. Verbandsvorsitzenden Herrn Glühner übertragen, er ließ die Anwesenden willkommen und bemerkte u. a., daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise vielen Standesgenossen es nicht ermöglicht, ihr Gewerbe in gewohnter Weise auszuüben. Mit ersten Mienen durchzugehen heute die Menschen die Aubenreiben. Was nicht es, wenn wir unsere Fahrt- und Eintrittspreise ermäßigen und die Waren herabsetzen, nicht um 10 Prozent wie es der Preisbildungskommissar nach der Notverordnung verlangt, sondern zumeist um 50 Prozent, also um die Hälfte? Unser Volk ist so arm geworden, daß es sich auch diese Ausgaben nicht mehr leisten kann. Dies hat sich im letzten Jahr auf unter ambulantes Gewerbe in unbedeutender Weise ausgewirkt und unsere heutige Tagung soll nicht zuletzt auch ein Fingerzeig dazu geben, wie wir uns in dem eben besprochenen neuen Jahre über die Wirtschaftskrise hinweg helfen können. Soviel steht fest, daß ohne größtmöglichstes Entgegenkommen der behördlichen Stellen unserem Schauffeller- und Verkaufsgewerbe gegenüber im Jahre 1932 eine weitere Ausübung unseres Berufes in Frage gestellt sein würde. Er bewahrt, daß die Behörde lenienter treten sei, um unsere beruflichen Wünsche zu hören. Die Tagesordnung umfaßt 15 Punkte. 39 Anträge lagen zur Verhandlung vor. Es handelt sich meist um Berufsfragen. Bei Eisenbahnfragen wurde gerügt, daß die Lizenzen nicht richtig vereinbart sind, und es mühter nicht möglich sei beim Verladen die damit verbundenen Wagen die Kungen heraus zu bringen. — Auch würde das Kilometergeld für den Schauffeller zweckmäßiger sein wie die Restarten. — Ein Antrag mündlich bei der zuständigen Behörde dahin zu wirken, daß der 1. Sonntag und Fronleichnamstag für das Schauffellergewerbe nach Schluß des Gottesdienstes frei gegeben werde. Verschiedene Anträge, bei denen es sich um Reichssachen handelte, wurden der Reichs-Union, die am 15. und 16. Januar in Düsseldorf tagt, überwiesen. Die ausführenden Vorstandsmitglieder wurden meist wiedergewählt. Der nächste Verbandstag findet im Januar 1932 in Mannheim statt.

Indiens andere Seite

Sensationelle Darlegungen eines Indienkenners

Gegenüber der üblichen Beurteilung der Vorgänge in Indien macht Dr. Gerbert Rüch, Professor an der Universität Köln, in einem Aufsatz „Gandhi's verlorener Kampf“ in der „Westfälischen Zeitung“ Darlegungen, die ihrer sensationellen Art wegen allgemeines Interesse finden dürften — ohne daß damit die Einstellung zum indischen Problem selbst prejudiziert wird.

Auf einer Reise um die Erde gibt es Punkte, zu denen der Geist immer wieder zurückkehrt. In einem Land haften der Gedanke und fehr immer wieder zurück: Indien. Alles, was wir gedacht, geschrieben, geglaubt haben von Indien, ist falsch, alles, was in unseren Träumen lebte von Indien, ist falsch, alles, was glitzerte und glänzte um Indien, ist falsch. Um von vornherein die Wahrheit zu sagen, um den Eindruck vorwegzunehmen, den der Besucher empfängt, der dieses weite Land von West bis Ost und von Nord bis zur äußersten Spitze im Süden durchfährt: es ist nicht das Land der Wunder,

das Land des Traumes, der stillen Rotosblume, es ist nicht das Paradies, es ist ein unglückliches Land! Von allen Ländern, durch die man kommt, wenn man den Weg um die Erde macht, das elendeste, von allen Völkern, die es gibt, das geknechtete.

Geknechtet nicht von England — das glaubt nur Unverstand — geknechtet durch sich selbst und so geknechtet, so gebrochen, so geschlagen, daß es keinen Ausweg gibt.

Wer dieses Volk aus dem Unheil führen will, muß an dem Volke selbst gebrechen. Der Widerstand gegen Gandhi ist in letztem Sinn nicht England — es ist das eigene Volk, es ist Indien selbst. Es laßt ein Druck auf diesem Volk, der es tötet, der seine Lebenskraft nimmt und es täglich von neuem schlägt:

eine fanatische, vernichtende Religion!

Alles ist Religion, Religion das System der Kasten Indiens, Religion die Kindererziehung, Religion die Witwenverbrennung, Religion der Widerstand gegen Schulen, gegen die Hebung der Gesundheit, fürchterlichste Religion, die es auf Erden gibt, schlimmer als Menschenopfer, Religion, die Menschen knechtet und verflucht und nicht nur für das Jenjenseits, nein, die sie in Hessein wirft hier, in der Gegenwart, jetzt, kündlich, täglich.

Besserung wird von den Brahmanen bekämpft.

jede soziale, wirtschaftliche Hebung unmöglich gemacht. Geschickliche, durch Taktvollende festgelegte Bräuche werden zerstört durch Einrichtung von Schulen; denn unmöglich kann ein Paria in eine

Schule geben und neben dem Kind eines Brahmanen sitzen, die Familie des Brahmanen würde von den Göttern dafür gestraft werden ebenso wie die des Paria und nicht nur in diesem Leben, auch noch in allen folgenden Wiedergeburt. Fanatische Religiosität hat es bis heute durchgesetzt, daß nur 8 v. H. der Bevölkerung lesen und schreiben können — allein die Brahmanen und einige Angehörige der drei oberen Kasten.

Und wie Gandhi selbst erklärte: „Wir brauchen eure modernen Schulen nicht“, genau so nannte er Krankenhäuser Anstalten zur Verbreitung der Sünde. Die europäischen Kranen enthalten tierische Fette und Alkohol, beides ist dem Hindu verboten. Der Kampf gegen die die Pest verbreitenden Ratten ist verboten, denn Tiere dürfen nicht getötet werden. Englands Verbot der Kindererziehung wird nicht eingehalten, denn es verleiht die Heiligkeit der indischen Ehe. Es ist Sünde, ein Mädchen vor dem neunten Lebensjahr nicht zu verheiraten.

Es ist Sünde,

einen Paria zu berühren, Sünde, eine Kuh zu töten, Sünde, eine Ratte, einen toten Hund zu töten, Sünde, eine Tochter vor dem sicheren Tod bei vorzeitiger Geburt zu töten, Sünde, Parias zu unterrichten, Sünde, Sünde, alles Sünde.

Der, der nach Indien reist und nicht nur Bombay sieht und Kalkutta, sondern den Süden aufsucht, das Land, das nicht mohammedanisch, sondern hinduistisch ist, er sieht täglich neues Elend, neuen Schmutz, neue Krankheiten. Wo sind die Wunder Indiens? Die großen Bauten liegen im Norden, geschaffen von Mosemmedanern — sie sind nicht Indien, sie sind Arabien. Da aber, wo Indien ist, im Süden der großen Halbinsel, da stehen die Hindutempel — sonderbar und eigentümlich, ohne Wände, Skulpturen der Götter die Flächen bedeckend, und vor den Tempeln, in den Tempeln die Ausläufer, Lepra- und Siphilitisstrafen, im heiligen Wasser badend und daselbe Wasser wieder trinkend. Das ist Indien, Indien des Hindu. Wo im Rajastempel die Züge zum Opfer geschlachtet wird und das Volk sich auf sie stürzt, das warme Blut am Halse trinkt, das Gesicht mit Blut beschmiert, es vom Boden aufsteht und in wilder Verzückung schreit —

das ist Indien.

Gandhi kann nicht helfen, er ist selbst viel zu sehr Hindu, und ihm entgehen sehen die Brahmanen, England versucht zu helfen, auch hier die Brahmanen, die Brahmanen, die jede Veränderung bekämpfen. Und es ist Englands Prinzip, nicht in Religionen einzugreifen. In Indien aber ist alles Religion. Sie liegt auf dem Volk wie eine Geißel, jeden Fortschritt, jede Gesundung zerstörend.

Aus aller Welt

Sinkendes Hochwasser

Koblenz, 10. Jan. Mosel, Saar und Oberrhein sind im Fallen begriffen. Auch bei den rechtsrheinischen Flüssen scheint keine Hochwasser Gefahr mehr zu bestehen. Trotzdem ist auf dem Main die Schiffahrtsperrung verhängt, weil die schiffbare Wasserlinie überschritten ist. Koblenz erwartet noch eine Sintflut, die jedoch höchstens einen halben Meter erreichen dürfte.

Gulfi und Kanzenbach wieder in Gollnow

Stettin, 11. Jan. Die beiden aus der Strafanstalt Gollnow ausgetretenen Schwerverbrecher Gulfi und Kanzenbach sind in Pommern ergriffen und wieder nach Gollnow gebracht worden.

Einschränkung des Münchener Fasching

München, 10. Jan. Außer den sonstigen Einschränkungen, die der diesjährige Fasching erfährt, sollen auch keine Künsterkämpfe abgehalten werden. Der Interessentenverband der Münchener Kunstlerkammer begründet diesen Beschluß zum Teil mit den hohen Aufwandskosten, die die Stadt verlangt.

Furchtbarer Tod eines Bergmannes

Sirzenhain (Dillkreis), 9. Jan. Der 23jährige verheiratete Bergmann Fritz Rehm war beauftragt worden, fünf Pfund Dynamit aus der Sprengstoffhütte zu holen. Auf dem Wege zur Grube kam Rehm mit seiner gefährlichen Last zu Fall. Das Dynamit entzündete sich, und Rehm wurde in Stücke gerissen.

Reichswehrjohndat bei einer Nachführung ertrunken

W.B. Kreislar, 9. Jan. Als gestern bei einer Nachführung der hiesigen Reitenden Batterie eine Patrouille die Eder durchqueren wollte, geriet das Pferd des Oberanführers schwerer in eine Vertiefung und wurde durch die starke Strömung abgetrieben. Das Pferd konnte sich aus dem Wasser herausarbeiten; der Reiter jedoch verlor den Kopf vor dem Ufer in den Fluten. Seine Leiche konnte nicht geborgen werden.

Zusammenstoß zwischen zwei Torpedobooten

Kiel, 9. Jan. Wie die Nachrichtenstelle der Marinestation der Ostsee mitteilt, kam es heute nacht bei einer Manöverbewegung zu einem leichten Zusammenstoß zwischen zwei Torpedobooten. Personen sind nicht verletzt worden. Beide Schiffe aber sind zur Ausbesserung in Kiel eingelaufen.

Schwehjahrige führt Falschmünzerbande

Berlin, 9. Jan. Bei der Ausgabe von falschen Fünfmarkstücken wurde die 16jährige Stefanie Katarzynski aus Sumt bei Oranienburg festgenommen. Es stellte sich heraus, daß unter ihrer Führung drei weitere Familienmitglieder für mehrere Hundert Mark Falschgeld in Umlauf gesetzt hatten. Sie konnten aller verhaftet werden. Obwohl die Stücke schlecht waren, blühte ihr „Geschäft“, und sie hatten einen ansehnlichen Tagesumsatz.

Dreifacher Selbstmord aus wirtschaftlicher Verzweiflung

Bad Altingen, 9. Jan. In der Nacht zum Donnerstag nahmen sich hier in der Villa Gleißner die drei Geschwister Federlein, ein Bruder und zwei Schwestern, in den 60er Jahren lebend, das Leben durch Gasvergiftung. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß sie an eine Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse, insbesondere der politischen, nicht mehr glauben konnten, weshalb sie in den Tod gingen.

Spanisches Jesuitenloster in Brand gesteckt

Madrid, 9. Jan. Nach einer Mitteilung des Innenministeriums ist das Jesuitenloster in Oña, Provinz Burgos, in Brand gesteckt worden.

Das verbotene Transparent

Im Karlsruhe, 8. Januar. Die 3. Karlsruher Strafkammer (Vorstand: Landgerichtsrat Sora) verhandelte die Berufung des kontumittlichen Stadtrats Otto Friedrich Weindrecht aus Durlach, der seinerzeit vom Amtsgericht Durlach wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Angeklagte hatte am 1. Mai in Durlach einen kommunikativen Umzug, der von der Polizei genehmigt war, angeführt und geduldet, daß ein Transparent, welches die Polizei verboten hatte, mitgeführt wurde. Die Karlsruher Strafkammer gelangte zur Verwerfung der Berufung des Angeklagten.

Ländliche Lotterwirtschaft

Wieder Unterschlagungen bei einem ländlichen Kreditverein

Immer mehr häufen sich die Fälle von Unterschlagungen bei ländlichen Vereinen und Kassen. Es vergeht fast kein Monat, wo nicht ein ungetreuer Redner vor dem Richter steht, der durch sein leichtsinniges Handeln Hunderte von Familien in tiefstes Elend gebracht hat. Vor dem Schöffengericht Karlsruhe stand der Redner Wilhelm S. aus Bietigheim und Bruno S., der als Aufsichtsrat fungiert hatte. Gegen beide ist Anklage wegen Unterschlagung, Betrug, und Urkundenfälschung erhoben worden. Zuhilfenahme wurden in der Gerichtsverhandlung wieder einmal aufgerufen, die jeder Beschuldigung in Höhe bis 22 000 M. festgesetzt wurde, trotzdem wurden Kredite in Höhe bis 22 000 M. gegeben. Das Schönste war, daß der Betreffende ausgesprochen einer der Aufrechtesten ist, der mit diese Sache beschloß hat. Es war sehr bescheiden, daß, als man auf die Unterseite des Rechners kam, ein Verbandstextor vier Mal nach Bietigheim fahren mußte, um die Leute davon zu überzeugen, daß sie einen betrügerischen Redner haben. Es wird aber schon so gemein sein, wie der Vorsitzende in der Verhandlung gefaßt hat:

es hat eben jeder Deck am Steden gehabt!

Bei einer Revision im Jahre 1929 wurde bereits beanstandet, daß der Redner den Kredit überschritt. Aber Vorstand wie Aufsichtsrat haben eine recht ungenügende Kontrolle gelüßt. Es hat eine maßlose Betrügerei betrieben, die oben beim Vorstand anfing. In drei bis vier Jahren hat der Redner nun 13 000 M. unterschlagen. Wo das Geld geblieben ist, weiß er nicht mehr. In Bietigheim selbst erzählt man sich aber auch darüber Geschichten. Man munkelt von Wirtshäusern und Kartenpielen, das man nicht umsonst bekam. Ein ähnliches Schicksal soll ja auch der Kasse des Fußballvereins beschieden gewesen sein. Als schließlich der ganze Schwindel herauskam, war es längst zu spät. Die Mitglieder dürfen heute bloß noch bezahlen und für die Unterschleife aufkommen. Als die Unterschlagungen nicht mehr länger geheim zu halten waren, hat der angeklagte Redner

Blankofälschungen

vorgenommen, die den Schaden wieder decken sollten. Ein Mitglied hat dem Redner z. B. einen Blankofahrschein unterschrieben gegeben, er sollte feststellen, was er noch schuldig sei. Der Redner hat aber nicht nachgesehen, sondern den Schein aufgegeben, und später als er die Höhe seines Fehlvertrages ungefähr kannte, 4000 Mark darauf geschrieben. Der Richter laute, es sei unglücklich, wie man mit Blankofahrschein umgegangen ist.

da hätte jemand an einem Tag das ganze Vereinsvermögen fortnehmen können.

Dann trat der Redner an ein anderes Mitglied heran, es möge ihm eine Bürgschaft von 1000 M. geben. Auch dieses unterschrieb ein Blankofahrschein, den der Redner später mit 7000 M. ausfüllte. Diesen Kredit erhielt er auch vom Kreditverein. In einem weiteren Fall hatte er einem Mitglied B. einen Bürgschaftschein über 661 M. ausgestellt und war für seinen Bruder ebenfalls für 800 M. Bürge. Der Redner hat ihm aber zweimal ein Formular über 661 M. vorgelegt und davon eines auf 800 M. abgeändert und ebenfalls für sich in Anspruch genommen. Einmal soll er 1300 M. von einem gewissen S. erhalten haben. Der Redner will davon nichts mehr wissen. Zeugen sahen jedoch aus, daß er in einem Abort einer Wirtshaus diesen Betrag erhalten hat. Davon weiß er jedoch nichts, so daß der Richter wieder fragen muß: „Erhalten Sie an diesem ungewöhnlichen Orte so oft Gelder in dieser Höhe, daß ihnen das nicht mehr in Erinnerung ist?“

Der letzte Fall der Anklage war ein gemeinsamer Streich mit dem mitangeklagten S. Bei der Revision, als der Kredit wieder einmal weit überschritten war, wie das bei dem Aufsichtsrat in der Regel der Fall war, verlangte der Redner einen Bürgschaftschein, damit er gedeckt sei. Er hat dabei dem Mitangeklagten S. den Rat gegeben, er solle doch seinen Vater oder seinen Bruder auf den Schuldchein schreiben. Der Redner will aber davon nichts wissen, da er sich ja sonst der Mittäterschaft schuldig gemacht hätte, er leugnete

also jede Kenntnis von der Sache. So wie in diesem Fall, wo der Kredit über 22 000 M. betrug, war die Deckung allerhöchstens 7000 Mark. So wurde fast in allen Fällen gearbeitet. Bei der Zeugenvernehmung kam auch ein früherer Vorstand. Der Richter begrüßte ihn mit den Worten: Sie waren früher Vorstand und sind es heute nicht mehr? Der Zeuge: „Nein“. Der Richter meinte: „Gott sei Dank!“ So waren ungefähr die Verhältnisse bei der Kasse.

Ein anderer Zeuge muß einsehen, daß er eine große Dummheit gemacht hat. Der Richter hielt ihm vor, warum er einfach alles unterschreibt, das ihm vorgehalten wird. „Sie müssen sich Ihre Sachen vorher ansehen, bevor sie Ihren Namen darunter setzen, sonst kostet es Ihnen einmal den Kopf.“ Nach einer sehr langen Verhandlung verurteilte schließlich das Gericht den angeklagten Wilhelm S. zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monate wegen Unterschlagung, Betrug und Urkundenfälschung. Den mitangeklagten Bruno S. wegen Urkundenfälschung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Ämtliche Bekanntmachungen

In der Gemeinde Staffort ist die Kaul- und Rautenfauch anzuheben. Sprengzeit ist das Sendungsgebiet Pfaffenlocherstraße 11 in Staffort. Beobachtungsbereich ist die Gemarkung Staffort. Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 16 km Umkreises. 163 Karlsruhe, den 8. Januar 1932. O. J. 3 Bad. Bezirksamt, Abteilung IV.

Bei Vorlegung dieses Inserates erhalten Sie 5-10 % Rabatt extra v. Macherlein. Bisherig per Kleid v. 3.50 Mk. Preis 3.00 Mk. an! Damenschneiderei Erna Buchleiter, Marienstraße 22 (Südstadtposttreibende) Nähe Schaumburg Laut. Abendkurse — Kleid. Mänt. Kost. usw.

Kauft frühzeitig!

Laßt es nicht, wie die meisten, auf die letzte Minute ankommen. Dies ist ein sicher nicht unberechtigter Wunsch des Geschäftsmannes und seines Personals, dem auch unsere Leser in ihrem eigenen Interesse gewiß gerne nachkommen werden. Frühzeitiger Einkauf sichert nicht nur eine ruhige Auswahl, sondern hat auch in Begleitung damit zugleich eine individuellere Bedienung.

A. Werthhammer

MALERMEISTER Lulsenstraße 37, Tel. 7555 Ausführung aller Maler-Arbeiten 6783 solid und preiswert.

Unser Inventur-AUSVERKAUF
ist keine Preissenkung, das ist ein Preiswunder!

Die erste Freude beim Kauf:
Die große Ersparnis!

Die zweite Freude beim Gebrauch:
Die gute Qualität!

Auf alle nicht herabgesetzte Waren **10% Rabatt** mit Ausnahme einiger Artikel.

HTIERMAITZ
KARLSRUHE

Kleine bad. Chronik

Neues Anschwellen der Wasserläufe

Mannheim, 9. Jan. Die Wasserstände von Rhein und Neckar sind auf ihrem ganzen Lauf bis nach Mannheim gestiegen um 50 bis 100 Zentimeter. In Mannheim beträgt die Steigerung des Rheins 71, des Neckars 94 Zentimeter. Letzterer hat damit wieder die 4-Meter-Grenze überschritten und ist bis zur Oberbrücke auf sein Vorland übergetreten.

Mazau, 9. Jan. Der Pegelstand des Rheins betrug heute abend 6 Uhr 5,86 Meter gegen 5,49 Meter am Morgen. Es ist nach den Meldungen vom Oberrhein mit einem weiteren Ansteigen des Wasserstandes zu rechnen.

Heidelberg, 9. Jan. Der Neckar hat zum zweiten Male in dieser Woche die Hochwasserlinie überschritten. Der Heidelberger Pegel zeigte heute morgen 7 Uhr 3,63 Meter. Seitdem ist ein langsames Fallen des Wassers festzustellen. Auch Kober und Jagst gehen zurück.

Zu dem angeblichen Rörader Mord

Rörach, 9. Jan. Zu dem gestern gemeldeten Fall eines wahrscheinlichen Mordverbrechens in Rörach erfahren wir, daß auch die im Laufe der Nacht fortgeführten Ermittlungen sowie das Verhör des verheirateten Waldbauer bisher eine Aufklärung des Falles nicht gebracht haben. Allerdings deuten jetzt verschiedene Umstände darauf hin, daß es sich nicht um einen Mord, sondern daß ein Selbstmordversuch vorliegt, der bei dem hysterischen Charakter der verheirateten Bauner als durchaus möglich angenommen wird. Immerhin ist die bisher vermehrte Wagner weber tot noch lebend aufgefunden worden.

Im Bett erstickt

D3. Kirrlach (Ami Wiesloch), 9. Jan. Am Donnerstag abend wurde der 23jährige Sohn Doktor des Küstermeisters Senger erstickt im Bett aufgefunden. Der junge Mann litt an epileptischen Anfällen und hat bei einem solchen Anfall den Tod gefunden.

Die Gefahren der Straße

D3. Kirrlach (Ami Wiesloch), 9. Jan. Beim alten Friedhof hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Als der 23jährige Sohn Kirrlach des Bergmannes Konrad Winter die Straße überqueren wollte, wurde er von einem Wieslocher Personenauto erfaßt und an die Friedhofsmauer geschleudert. Mit schweren Verletzungen am Kopf und einer Gehirnerschütterung wurde der Verunglückte zum gleichen Auto zum Arzt gebracht und dann mit dem Sanitätsauto nach Heidelberg übergeführt.

Tödlicher Betriebsunfall

Weinheim, 10. Jan. Der verheiratete Kraftwagenführer Adem Saaga aus Sambach erlitt im Betriebe der Weinheimer Fabrikfabrik einen tödlichen Unfall, indem er beim Abbiegen eines beladenen Anhänger zwischen dem Motorwagen und dem Anhänger kam und dabei schwer verletzt wurde. Unmittelbar nachdem der Bedauernswerte ins Krankenhaus verbracht worden war, trat der Tod ein.

Zum Großbrand im Emmendingen

Emmendingen, 9. Jan. Die Nacht ist am Brandplatz der Kammerwerke ruhig und ohne besondere Zwischenfälle verlaufen, wenn auch das Feuer in kleinen Herden noch glimmt. Jede Gefahr ist aber nunmehr endgültig beseitigt. Ueber den Brandausbruch gibt ein Augenzeuge, der in dem Raum, in dem das Feuer ausbrach, beschäftigt war, folgende Darstellung: Ich war mit zwei Kollegen im Lagerraum anwesend und wollte einen Rohstoffballen herausziehen, als sich ein Rauch aus der Halle erhob, schlugen mir plötzlich die Flammen entgegen. Mit Mühe und Not konnten wir uns retten. Die Meldungen, die von einem kommunistischen Sabotageakt sprechen, sind unzutreffend. Es besteht nicht der geringste Anhaltspunkt dafür, daß etwas derartiges vorliegt.

Spä. Der Sturm in der Nacht zum Donnerstag hat hier besonders schwer gewütet. Das erst im letzten Sommer neuerrichtete Oekonomiehäuschen des Landwirts Berthold Stobez wurde völlig umgerissen und von dem in der Nähe gelegenen Kamin des Wäldermeisters Ernst Fahl eine Mauer eingedrückt. Unzählige Dachziegel fielen zur Erde, in den Wäldern wurden Bäume entwurzelt und Äste abgerissen. Auch die Obstplantagen erlitten beträchtlichen Schaden.

Heidelberg, 9. Jan. In der Nacht auf Samstag wütete hier im neuen Güterbahnhof im Kohlenlager der Firma J. Kreiser ein großer Brand, dem bis in die Morgenstunden zwei große Schuppen und ein beträchtlicher Teil der Kohlen- und Holzportale zum Opfer gefallen waren. Auch ein Lastkraftwagen und ein Personenauto wurden ein Raub der Flammen. Die Feuerwehr hatte noch den ganzen Vormittag zu tun, um soviel wie möglich von den Kohlenvorräten zu retten. Der Schaden ist nur in einem geringen Umfang durch Versicherung gedeckt. In großer Gefahr stand das anliegende Kohlenlager von Burthard, auf welches der Brand schon übergegriffen hätte. Doch gelang es hier, das Feuer rechtzeitig zu unterdrücken.

Mannheim, 9. Jan. Am Donnerstag wollte eine 46 Jahre alte Witwe in ihrer Wohnung in der Altstadt ein Glas Sprudel trinken, das aber aus Versehen Salmiak eingenommen, das in einer Mineralwasserflasche verwahrt war. Die Frau hat sich schwer verletzt und ist am gleichen Tage in einer hiesigen Krankenanstalt gestorben.

Müsch, Auf die Entgegung im Volksfreund vom 9. Januar 1932 wegen dem Artikel vom 3. Januar betr. den Besuchschein von U-Briketts heißt der Einleger des ersten Artikels fest, daß es sich um keine irrtümliche Mitteilung handelt. Der Artikel sei wahrheitsgetreu verfaßt gewesen. Es sei nochmals wiederholt, daß am 19. Dezember 1931 die ersten Besuchscheine für U-Briketts durch das Arbeitsamt in Müsch ausgeben wurden, daß weiter durch Anschlag bekanntgegeben wurde, daß die Scheine 38 Pf. Wert haben, und daß bei einem Kohlenbändler 13 Pf., bei dem andern 25 Pf. für einen Besuchschein vergütet wurden. Also enthält der Artikel vom 5. Januar die Wahrheit.

Antlitzner Schweinemarkt vom 6. Januar. Zufuhr: 68 Milchschweine. Preis: 10-15 M pro Paar. Handel: lebhaft. Nächster Markt am Mittwoch, den 13. Januar.

Gewerkschaftliches

Die Streikabstimmung in den Berliner Gas- und Wasserwerken

ENB. Berlin, 9. Jan. (Eig. Meldg.) Bei der Urabstimmung über den Streik in den Berliner Stadt-Gas- und Wasserwerken haben sich 60 Prozent der Beschäftigten für den Streik ausgesprochen, während die Beteiligung 92 Proz. betrug. Zur Durchführung eines Streiks bedarf es jedoch einer Dreiviertelmehrheit. Die Gewerkschaften werden nun am Montag die Erklärung zu dem letzten Angebot aus den Verhandlungen mit dem Magistrat und den Werkdirektionen abgeben.

RGO-Pleiten

Wieder ein „Kielenerfolg“ der RGO

Wie bei der „Berga“ Rastatt hat nun auch in Danau die R.G.O. eine Bude streikfrei gemacht, und — die Berechtigten waren die Arbeiter.

140 Arbeiter der Quarzlampe waren am 17. November ohne jede Mitwirkung des Deutschen Metallarbeiter-Bundes in den Streik getreten. Während nach Monatsfrist die Kommunisten noch davon saßen, daß man den „Kampf bis zum Weißbluten fortsetzen“ werde, gingen dieser Tage 60 Arbeiter ohne Verständigung ihrer streikenden Kollegen in den Betrieb, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Darauf gaben die übrigen Streikenden nach. Der Metallarbeiterverband wurde jedoch über den Abbruch des Streiks nicht verständigt, so daß die Direktion der Quarzlampe ihre Bedingungen diktieren konnte. Alle Arbeiter mußten ein Dokument unterschreiben, in dem es u. a. heißt:

Zur Beachtung! Alle bei uns bisher üblichen Sonderverträge sind aufgehoben, weil die Ueberzahlung, deren Höhe sich jeder ausrechnen kann, leider nicht anerkannt worden ist. Es war für die Direktion eine recht große Enttäuschung, daß trotz dieser Sonderzahlungen gerade unsere Beschäftigten durch die Arbeitsüberlegung dem Unternehmen einen sehr schweren Schaden zugefügt hat. Wir sind jetzt gründlich traurig.

Aufgehoben sind: 1. der Einheitsurlaub, 2. die Urlaubsbeihilfe, Kartoffel- und Winterbeihilfe, 3. die Bezahlung von Feiertagen, soweit sie über den Tarif hinausgeht, 4. die bisherige Bezahlung der viertelstündigen Frühstückspause, 5. die bisherige Bezahlung der je fünf Minuten vor der Ispause und vor Arbeitschluss; die Arbeitszeit endet mit Ablauf der vollen Arbeitsstunde, 6. die Karenzzeit von sieben Minuten bei Arbeitsbeginn; nur die tatsächlich pünktlich begonnene Arbeitszeit wird bezahlt, 7. die sonst nirgends üblichen Beihilfen für die Arbeitsleistung der Metallarbeiter.

Das ist der „Erfolg“ der kommunistischen Streikmacher bei der Quarzlampe. Dazu kommt die Minderzahlung von 16 Arbeitern, darunter fünf Betriebsratsmitglieder.

Die RGO von Junker & Kuh heult

„Getroffene Hunde bellen.“ Dieses geflügelte Wort trifft voll auf die „Streikstrategen“ der RGO.

In einem Flugblatt, das sie am Mittwoch, 23. Dezember, morgens bei Nacht und Nebel, hinter Bäumen versteckt vor dem Betrieb der Firma Junker & Kuh in Karlsruhe verteilten, schrieben sie Jeter und Morbio. Schlagzeilen wie „Macht die Bude streikfrei“, sollten für die nötige „Stimmung“ sorgen. Arme Kerle. Ihr Witz ist ja am besten, daß ihr mit euren Phrasen keinen Hund hinter dem Den hervorlocken könnt, aber aber, wo in einem Betrieb die Arbeiterschaft Euch gefolgt, sie immer verraten war, und Euch dann verflucht hat. (Siehe Berga-Rastatt oder obenstehenden Bericht von Danau). Dann — wählt Delegierte zum Kampfkongress der Roten Einheit am 16. und 17. Januar in Mannheim. Wer wählt Euch denn, ihr Phrasen? Die Arbeiterschaft? Nein. Ihr bestimmt ein paar Scheiter oder Hausmutter, dann werden grobe Töne ertönen und Eure „Delegierten“ wieder nach Hause geschickt. Das ist Euer Erfolg. „Wert den Volksfreund aus dem Arbeiterverband“, abonniert die Arbeiterzeitung.“ Wir glauben Euch gerne, daß der Volksfreund für Euch die Pest bedeutet. Wahrheit habt ihr noch nie ertragen können, deshalb die Aufforderung,

Die „noble“ Reichsbahn

18 Mark Belohnung für Verhütung einer Eisenbahnkatastrophe Das ist eine Schande für die Reichsbahn

In unserem Singener Parteizentrum finden wir die folgende, nicht nur die Eisenbahner interessierende Schilderung:

Eine kläglich Nacht. Regen und Sturm jagen mit schwarzen Wolken dahin. Die Wälder läsen unter dem Druck der Bäume. Auf die Schienen prallt der Regen nieder, die Sicht für das Lokomotivpersonal ist schwer beeinträchtigt. Da heißt es für Führer und Heizer doppelt bei der Hand zu sein.

Ein Güterzug hat die Station Talmühle abwärts passiert. Er ist mit Luftbremse versehen. Der Fahrdienstleiter in Talmühle stellt das Signal wieder auf freie Fahrt. Bald kommt der Mainländer Schnellzug hinterher; der hat es eilig, sehr eilig...

Den Gattinger Berg herunter geht es im Schnellzug mit 74 Kilometer Geschwindigkeit. Noch peitscht der Sturm den Regen. Es ist immer noch schlimmer Unwetter. Der Lokomotivführer späht aufmerksam voraus. Er kennt die Kurven, da die Strecke kennt. Bald muß das Einfahrtsignal von Talmühle kommen. Es steht auf freie

Fahrt und auch die Ausfahrt ist frei. Schon liegt der Bahndol Talmühle hinter dem dahinaufenden Schnellzug. Der Führer sieht nichts durch die Schuttscheibe, so lehnt er sich eben hinaus. Gerade an einer Auenkurve. Er erstickt. Was ist das — ein rotes Licht, mitten auf dem Geleise, auf dem er mit dem Schnellzug abwärts braust. In Hundertstelstunden arbeitet nun der Lokomotivführer und tut seine Pflicht, läßt, mit pochenden Schläfen, ob es gelint, den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen? Die Luftbremse legen an, die Funken an den Rädern fliegen. Es muß sein, sonst ist ein großes Unglück da. Rechts droht die heile Welt. Schuna. Wenns den Zug aus den Schienen wirft und er dann kopfüber über die Böschung hinunterrollt — alles müßte in Trümmer gehen. Die Fahrgäste wissen nicht um die große Gefahr, in der sie in diele zehenden Sekunden schweben. Sie fühlen nur, daß der Zug plötzlich mit aller Macht gebremst wird, so daß es sie von den Sitzen emporschleudert. Der Zug steht...

Eine Wagenlänge vor dem roten Licht. Der Lokomotivführer und der Heizer reißen sich den kalten Schweiß von der Stirne. Hier diesmal noch sind sie beide an der Spitze des Todes vorbei und mit ihnen all die arg- und sorglosen Fahrgäste des Mainländer Schnellzuges...

Bei dem vorausfahrenden Güterzug hat die Kuppelung gerissen. Der hintere Quasteil stand festgebunden durch die Luftbremsen auf den Schienen. Der vordere Teil aber ist nach Engen hinuntergefallen — es hat ja auch geul, da der Schnellzug scharf hinterher fährt. In Engen hat man erst gemerkt, was war. Aber es wäre zu spät gewesen. Das Signal von Talmühle war vom Schnellzug schon passiert und es ist auf freie Fahrt gegangen. Der Aufmerksamkeit des Lokomotivführers war es zu danken, daß die Katastrophe nicht eintrat bzw. daß sie noch in der letzten Sekunde verhütet werden konnte.

Die Reichsbahn ist nobel. Sie kann heute noch „Leistungsultrae“ ausschütten, denen die Eisenbahner nachjagen, daß sie sehr gerne dorthin kommen, wo die geringsten Leistungen sind. Lassen wir das. Die Reichsbahn gibt auch Geld aus für Fälle, in denen leitens des Personals Unfälle verhütet werden. Hier war also Gelegenheit. Würde der Aufprall erfolgt, Hunderttausende von Mark wären allein an Materialschaden zu verzeichnen gewesen, von den Opfern an Menschenleben und deren Entschädigung wollen wir nicht sprechen. Also traten die „Prominenten“ zusammen und berieten, wie es wohl dem Lokomotivführer zu danken sei. Sie waren bald fertig. Die Reichsbahn ist arm und Dienstpflicht ist Dienstpflicht.

Zwanzig Mark sei die Sache wert... Davon aber noch in Abzug zu bringen zwei Mark für Steuern! —

Und so geschah es. Der mutige und tapfere Lokomotivführer erhielt 18 M in bar als „Belohnung“ ausbezahlt! Ja, ja, die Reichsbahn ist arm, das ist gewißlich wahr, aber schmutzig braucht sie deshalb doch nicht zu werden...



Ueber 1000 Rheinschiffe liegen still Bild auf einen Teil der Hafenanlagen von Duisburg-Ruhrort mit den durch Auftragsmangel stillgelegten Schiffslotillen. Die Wirtschaftskrise hat sich bei der Rheinschiffahrt in besonders schlimmer Maße ausgewirkt. Ueber 3000 Schiffe sind brotlos geworden. Ueber über 1000 Rheinschiffe, die infolge Auftragsmangels außer Dienst gestellt werden mußten, liegen hier vor Anker.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

11. Januar 1932

1820 Literaturhistoriker Fr. v. Schlegel. — 1841 Rob entdeckt festes Band am Südpol. — 1853 *Dichter Gustav Falke. — 1882 Naturforscher Th. Schwann (Zellentheorie). — 1928 Französisch-belagter Einmarsch im Ruhrrevier. — 1928 *Englischer Dichter Thomas Hardy.

Vom ABC des täglichen Lebens

Es ist natürlich nicht so, lieber Leser, daß ich den ganzen Verlauf deines Tages kenne, die vielen Stunden deiner Arbeit und die wenigen deines Vergnügens: dazu ist unser aller Dasein zu vielfältig. Aber es gibt doch einige, ganz einfache Lebensumstände des proletarischen Alltags, die man sich gut als sehr, sehr vielen gemeinsam vorstellen kann. Zum Beispiel die erste halbe Stunde deines Arbeitstages!

Der Wecker klingelt, du erhebst dich und machst Licht; denn wenn der Proletarier in dieser Jahreszeit aufsteht, ist es noch dunkel. Du machst Licht? Warum? Nehmen wir einmal an: aus dem einfachen Grunde, weil keines da ist. Findest du nicht auch, man sollte in keiner Stadt oder Gemeinde mehr Wohnungen ohne Gas oder elektrisches Licht bauen? Oder nehmen wir einmal an, du habest Gas in deiner Stube. Ziehst du dich im Dunkeln an, um zu sparen? Warum sparen? Ist der Gaspreis so hoch? Weißt du überhaupt, wie hoch er ist? Weißt du überhaupt, wer dein Gas liefert? Ach, ja, richtig! Du bekommst ja hin und wieder die Rechnung! Oder hat die immer deine Frau? Weißt du: es wäre vielleicht doch gut, wenn du dich einmal dafür interessierst, wie die Dinge mit der Gasversorgung liegen! Nicht brauchen schließlich alle, die nicht bis tief in den Tag hinein schlafen können.

Du dreht nun den Wasserhahn auf, um dich zu waschen. Selt, wie steht das eigentlich mit dem Wasser? Wo kommt es her? Wie wird es bezahlt? Legt der Hauswirt den Wasserzins auf die Mieter um? Also weißt du, um diese Geschichte solltest du dich eigentlich auch einmal kümmern. Es kommt schließlich ein Pfennig zum andern, und zu verachten haben wir alle nichts.

Dann los zur Arbeit! Ja, aber wie? Zu Fuß? Wie weit tust du denn da? Gibt es keine Fahrgelegenheit, die dir den Arbeitstag kürzen, die Ruhezeit verlängern kann? Warum nicht? Oder fährst du mit der Elektrischen oder dem Autobus? Was kostet dich das die Woche? Gibt es billige Arbeiterwohnen? Wenn gehört eigentlich eure Straßenbahn und wer legt die Fahrpreise fest?

Das sind ja die Fragen, mit denen ich einen anderen langweilen soll, meinst du? Ach nein, ich wollte dich ganz gewiß nicht langweilen! Ich wollte dir nur einmal etwas vom ABC des täglichen Lebens sagen und dir zeigen, daß du, noch bevor dein Tag überhaupt richtig beginnt, schon mit der Kommunalpolitik in Verbindung gekommen bist! Du siehst also, daß Angelegenheiten an Deinem Wohnort auch von großer Wichtigkeit für deine Person sein können.

Vom Karlsruher Hiltelager

Die „waffenlosen“ Nazis

Wenn man die Nazis hört und insbesondere ihre Presse liest, so sind die Hitlerjünger die friedfertigsten Menschen der Welt, keinem Mäuschen Äheln sie am Schwanz, geschweige denn, daß sie mit Häuten oder gar Dolchen und Revolvern ihre Mitmenschen belästigen. Die Welt der Wirklichkeit sieht allerdings, daß gerade bei den Nazis das Kommando beheimatet ist und Nordwesten zu seinen Seitenbesten bei ihnen gehören. So wird uns berichtet, daß kürzlich in Daxlanden, als die Naziverammlung stattfinden sollte, ein Nazijüngling einen Bauerschütz erbalten hat. Sonderbarerweise hat man im Führer gar nichts davon gesehen, wo man doch gerade beim Führer so gerne aneignet ist, der „roten Kommune“ alle Körperverletzungen an Nazis auszuweisen. Das der Führer so geschwiegen hat, wird einem allerdings erklärlich, wenn man weiß, daß dieser Schuß aus dem Revolver eines Nazi herausgeknallt ist, also ein Nazi den andern in den Bau geschossen hat. Der Verletzte lag längere Zeit im Krankenhaus und befindet sich heute noch in ärztlicher Behandlung.

Wie man hört, ist ein in der Akademiestraße sehr gut bekannter Nazianhänger dieser Tage verhaftet worden wegen Weinschmuggels. In einem Verhaftungsprotokoll sind er zusammen mit einem Bekannten umwahrte Anreden gemacht haben. Wie man sieht, befinden sich also die Edelsten der Nation sicher bei den Nazis.

Altwarenjammlung der Notgemeinschaft beendet

Die Sammlung der Karlsruher Notgemeinschaft an gebrauchten Kleidern, Wäsche, Schuhwerk und Hausrat ist beendet. In genau 7 Wochen und zwar vom 18. November 1931 bis zum 4. Januar 1932 haben die Sammelkolonnen das ganze Stadtgebiet einschließlich der Vororte bearbeitet und an allen Wohnstätten vorgeprochen, um das mitzunehmen, was von bedürftigen Menschen für die vielen Hilfsbedürftigen gerettet werden kann.

Es war nur möglich, die gesamte Altwarenjammlung in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit und mit ihrem guten Ergebnis durchzuführen dank dem überall gezeigten Entgegenkommen. In liebenswürdiger Weise hatten sich durch Zurverfügungstellung ihrer Kraft- und Pferdeabzüge sowie Fuhrleute in den Dienst der Sache gestellt: die Badische Polizeischule, Speditionsfirma J. W. Gruber, Mannfus u. Co., Güterbestätterei E. v. Steffelin, Brauerei Schenck-Brins, Brauereigesellschaft Moninger, das Badenwerk, Güterbestätterei G. Mann, Fuhrbestätterei F. Ochs, Fuhrbestätterei J. Schmidt, Güterbestätterei H. Bannpach und Güterbestätterei J. Wambers. Die Karlsruher Polizei unterstützte durch Stellung von Begleitkuten, der Trompeter und des Hornquartetts der Badischen Polizeipolizei das Sammelwerk in wirksamer Weise. Die Hilfsbedürftigen selbst beteiligten sich in den Sammelkolonnen, die aus je 10-12 Mann unter der Führung eines Obmanns bestanden, mit großem Eifer an der Aufbringung der Gaben für ihre Kameraden. Das im Alten Bahnhof mit Hilfe der technischen Nothilfe eingerichtete Lager ermöglichte eine verhältnismäßig rasche zweckmäßige Unterbringung der großen Mengen der eingebrachten Altwaren.

All denjenigen, die die Altwarenjammlung durch Herausgabe von gebrauchten Kleidern, Wäsche, Schuhwerk, Schuhen und Hausrat unterstützt haben und all denjenigen, die ihre tätige Mithilfe ent-

Zins- und Mietsenkung bei Wohnungsneubauten in Karlsruhe

N. A. Vom Karlsruher Rathaus wird uns gefachrieben: Die 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen hat gleichzeitig mit der Zinsentlastung für Hypotheken auch eine Mietsenkung für die noch dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen Wohnungen gebracht. Der Mietzins von Wohnungen hat sich ab 1. Januar 1932 anteilig um den Betrag zu senken, um den die laufende Zinsbelastung des Hausgrundstücks gemindert wird. Bei Neubauten kommt also nicht wie bei Altmwohnungen eine bestimmte prozentuale Mietermäßigung in Betracht, vielmehr hat sich diese nach der im Einzelfall verschiedenen Zinsentlastung des Hauseigentümers zu richten. In dieser Beziehung werden Entlastungen nicht ausbleiben können. Wenn z. B. das Hausgrundstück nicht oder nur mit Hypotheken bis zu höchstens 6 v. H. belastet ist, wie etwa bei Inflationsbauten anzutreffen, so tritt keine Zinsentlastung ein; es besteht also in diesem Falle kein gesetzlicher Anspruch auf Mietermäßigung. Aber auch bei später fertiggestellten Wohnungen ist leider die Zinsberücksichtigung vielfach von verhältnismäßig geringem Ausmaß.

Somit in Karlsruhe in den Jahren 1924 bis 1927 Wohnungsneubauten errichtet wurden, geschäzt dies in beinahe allen Fällen mit Hilfe von städtischen Baudarlehen oder Art. 1. zu 3 1/2 v. H. veranschlagte spezialisierte Hypotheken. Diese Hypotheken werden von der Zinsentlastung nicht berührt. Dagegen trifft dies beinahe immer für die 1. Hypotheken zu, die in der Regel von der städtischen Sparkasse gewährt wurden. Der Zinsfuß für die Sparkassenhypotheken betrug bisher 7 1/2 v. H.; er wird durch die Notverordnung zunächst auf 6 v. H. gesenkt. Die Sparkasse ist aber berechtigt, hierzu noch einen besonderen Verwaltungskostenbeitrag zu erheben, der zu 1/2 v. H. angenommen ist. Die reine Zinsermäßigung beträgt demnach bei festen Sparkassenhypotheken nur 1 v. H. des Schuldbetrags.

Hierzu ein Beispiel: Für ein zwischen 1924 und 1927 mit städtischen Baudarlehen hergestelltes, vierstöckiges Wohngebäude mit 8 Dreizimmerwohnungen soll sich heute noch die Sparkassenhypothek auf 28 000 M., das 3 1/2-prozentige städtische Baudarlehen auf 50 000 M. belaufen. Bei letzterem tritt keine Zinsermäßigung, bei ersterem eine solche von 1 v. H. ein; demnach Zinsersparnis für das ganze Haus jährlich . . . 280 M., also für eine Wohnung im Durchschnitt jährlich . . . 35 M., und für eine Wohnung im Durchschnitt monatlich rund . . . 3 M. Dies entspricht bei einer bisherigen Monatsmiete von etwa 80 M. einer Mietermäßigung von nicht ganz 4 v. H. Bei größeren Wohnungen mit verhältnismäßig höherer 1. Hypothek kann sich der prozentuale Senkungssatz auf etwa 5 bis 6 v. H. der bisherigen Miete erhöhen.

Im Jahre 1928 hat die Stadt Karlsruhe das System der öffentlichen Wohnungsbauförderung geändert. Die seitdem gewährten öffentlichen Baudarlehen, als „Baupfandbriefe“ bezeichnet, wurden zu einem für zweijährige Hypotheken marktüblichen, also höheren Zinsfuß (1 v. H. über dem jeweiligen Sparkassenhypothekenzinsfuß, also in der letzten Zeit zu 7 1/2 + 1 = 8 1/2 v. H.) gegeben. Das sollte den Bauherren nabelegen, andererseits Quellen für die Kapitalbeschaffung weitgehend nachzugeben und damit die Stadt in der Bereitstellung von Baupfandbriefen zu entlasten. Die Senkung der Zinsenlast des Neubauschließes erfolgt seitdem nicht mehr durch einen niedrigen Baudarlehenszins, sondern durch die Gewährung von Zinsbeihilfen. Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten wird ab 1. Januar 1932 der Zinsfuß für die städtischen Baupfandbriefe von bisher 8 1/2 v. H. auf 6 1/2 v. H. gesenkt. Andererseits ermäßigen sich aber auch die städtischen Zinsbeihilfen selbstständig. Es entsprechen demnach demgegenüber der Verzinsung eines bestimmten, lediglich gebauenen Kapitals, des sogenannten „Förderzinsfußes“, zu dem um die Zahl 1/4 verminderten jeweiligen Sparkassenzinsfuß. Im Jahre 1931 betrug sich dieser, wie schon gesagt, auf 7 1/2 v. H., also die Zinsbeihilfe auf 7 1/2 - 1/4 = 3 1/2 v. H. des Förderzinsbetrags. Nachdem jetzt der Sparkassenzinsfuß (einschließlich Verwaltungskostenbeitrag) auf 6 1/2 v. H. herun-

tergegangen ist, würde sich die Zinsbeihilfe auf 6 1/2 - 1/4 = 2 1/2 v. H. ermäßigen. Der Stadtrat hat aber entgegenkommenerweise beschlossen, für das Kalenderjahr 1932 die Senkung nur auf 2 1/2 v. H. des Förderzinsbetrags zu beschränken. Damit vermindert sich der laufende Zinsfuß (Zinsbeihilfe der Stadt) nur um 1/2 v. H. des Förderzinsbetrags, d. h. z. B. bei einem dem Durchschnitt nabekommenden Förderzinsbetrag von 10 000 M. je Wohnung 50 M. jährlich. In obigem Beispiel des Hauses mit 8 Dreizimmerwohnungen soll nun bei der neuen Art der städtischen Wohnungsbauförderung eine Sparkassenhypothek von 45 000 M. und eine städtische Baupfandbriefe von 35 000 M. vorhanden sein. Der auf eine Wohnung entfallende Anteil dieser Hypotheken beträgt demzufolge

- a) bei der 1. Hypothek rund 5600 M.
 - b) bei der städtischen Baupfandbriefe rund 4400 M.
- Daraus folgende Zinsentlastung für eine Wohnung:
- a) bei der 1. Hypothek 1 v. H. aus 5600 M. = 56 M.
 - b) bei der städt. Baupfandbriefe 2 v. H. aus 4400 M. = 88 M.
- zusammen 144 M.

Hieron geht ab die Verminderung der Zinsbeihilfe um 1/2 v. H. aus 10 000 M. Förderzinsbetrag = 50 M., also hier reine Zinsersparnis für eine Wohnung jährlich 94 M. oder Zinsersparnis für eine Wohnung monatlich rund . . . 8 M.

Die Entlastung des Neubauschließes kann also in dem Beispiel nahezu 10 v. H. der bisherigen Miete erreichen; bei größeren Wohnungen kann der Senkungsbetrag bis auf etwa 12 v. H. heraufgehen.

Nach der Durchführungsverordnung über die Mietsenkung ist von derjenigen Miete auszugehen, die für die mit dem 1. Januar 1931 begonnene Mietzeit zu entrichten war. Wenn daher inzwischen Mietermäßigungen vorgenommen wurden, sind diese auf den aus der Zinsermäßigung sich ergebenden Senkungsbetrag anzurechnen.

Für gemeinnützige Wohnungsunternehmungen ist noch eine Sonderregelung getroffen. Diese haben meistens Wohnungen verschiedener Bauabschnitte, und zwar nicht nur aus der Nachinflationzeit, sondern auch noch aus der Inflations- und Vorkriegszeit. Infolge dieser vielfachen liegenden Entlastungen geben hier die Mieten auch bei gleichartigen Wohnungen meist auseinander. Die Durchführungsverordnung bestimmt nun, daß der bei diesen Bauvereinigungen auf Grund der Notverordnung zur Verfügung stehende Senkungsbetrag derart zur Ermäßigung der einzelnen Mieten zu verwenden ist, daß „unbeschadet des Grundsatzes einer möglichst allgemeinen Mietermäßigung eine weitgehende Angleichung der Mieten in vergleichbarer Räume erreicht wird“. Die Bauvereinigungen werden dadurch zu verschiedener prozentualer Senkung der Mieten ihrer einzelnen Wohnungen kommen.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß das Mietminderungsamt nur dann über die Ermäßigung des Mietsinnes auf Antrag eines Vertragsstellers zu entscheiden hat, wenn es sich um Neubauten (bis zum 1. Juli 1918 fertig gewordene Gebäude) handelt, daß dagegen bezüglich der Mietermäßigung bei Neubauten eine andere Regelung getroffen ist. In den Städten über 10 000 Einwohnern ist nämlich in erster Instanz der Oberbürgermeister zur Entscheidung über die Höhe der Mietsenkung zuständig. (Etwasige Anträge sind in Karlsruhe an den Oberbürgermeister, Abteilung IV, zu richten; mündliche Auskunft wird auf der Stadtkanzlei Zimmer 81 gegeben). Gegen die Entscheidung des Oberbürgermeisters ist bei Neubauten außerdem noch die Beschwerde an das Amtsgericht zulässig, dessen Entscheidung unanfechtbar ist. Es kann aber wohl erwartet werden, daß Vermieter und Mieter sich in den allermeisten Fällen einigen werden und dadurch die Anrufung der Beschwerdeinstanz, die beträchtliche Verwaltungsarbeit und Kosten verursachen kann, vermieden wird. Auf die schon erfolgte Bekanntmachung im Anseienteil wird auch hier verwiesen.

weder durch Stellung von Fahrzeugen, durch Uebernahme der Sammlung oder durch ihre Arbeitskraft in den Dienst der Sache gestellt haben, sei an dieser Stelle der herzlichste Dank im Namen aller Hilfsbedürftigen zum Ausdruck gebracht.

Ein großer Teil der gesammelten Gegenstände ist bereits an die Hilfsbedürftigen durch die Verteilungstellen der Notgemeinschaft ausgegeben worden; der Rest befindet sich zur Zeit in Aufarbeitung und gelangt je nach Fertigstellung auf gleichem Wege in die Hände all derjenigen Volksgenossen, die dieser Sache dringend bedürfen. Ueber das, was inselant an die Bedürftigen verteilt werden konnte, wird nach Abschluss der Verteilung an dieser Stelle berichtet werden. Falls noch irgendwo bereit gestellte Sachen nicht abgeholt sein sollten, wird höflichst gebeten, die Sachen unmittelbar dem Lager der Notgemeinschaft im Alten Bahnhof zuführen zu lassen. Größere Spenden werden nach entsprechender fernmündlicher Anmeldung bei der Geschäftsstelle der Notgemeinschaft (Fernsprecher 529) auf Wunsch auch abgeholt.

Die überhebliche Gesinnung

Als der verstorbene badische Staatspräsident beerdigt wurde, hatte sich ein Nazi besonders wichtig und unverschämmt benommen. Verschiedene Male verlangte er durch die Kostenliste der Polizei zu kommen, die dort abgeperrt hatte. Als ihm das nicht gelang, rief er einmüßig die Leute herbei und stellte sich vor die erste Reihe. „Ich bin Nationalsozialist und kimmere mich um garnichts!“ Mit diesen lächerlichen Worten stellte sich die erste Reihe vor die anderen Zuschauer und wollte damit besagen, daß es ihm darum ankomme, den anderen zu zeigen, wie wenig er die staatliche Ordnung und Gesetze respektiere. Ein Schutzmann nahm ihn aber beim Arm und brachte ihn zur Mäule, wobei er noch die Schikante befehligte. Der Erlaß war ein Strafzettel von 12 M., gegen den er gerichtliche Entscheidung beantragte.

Der Staatsanwalt meinte, daß ein Mensch, der mit einer solch überheblichen Gesinnung behaftet ist, nur durch eine ganz energische Bestrafung von dem Leben geteilt werden kann, daß er als Nationalsozialist eine Art besserer Mensch darstelle wie ein gewöhnlicher Bürger. Er ist der Ueberzeugung, daß die Strafe im Gegenteil viel zu gering ist und fordert eher eine Erhöhung der Strafe. Der Richter erkennt auf dieselbe Strafe wie bei dem Strafbefehl. Außerdem hat der Angeklagte auch noch die Kosten des Verfahrens zu tragen. Man sieht, was für blödsinnige Dinge sich im Kopf mancher Nationalisten festgesetzt haben, die vor lauter Hitlerbegeisterung allmählich eine große Gefahr werden. Die Strafe ist deshalb immer noch als recht gering zu bezeichnen.

Aus Organisationen und Vereinen

Festigung des Naturwissenschaftlichen Vereins Karlsruhe Zur Feier seiner 1000. Sitzung, die gleichzeitig mit dem 70jährigen Bestehen des Vereins zusammenfällt, hatte der Naturwissen-

schaftliche Verein zu einer Festigung im Hörsaal der Technischen Hochschule eingeladen. Festlich geschmückt, mit Blumen und Tannenzweigen war das Rednerpult. Eine große Anzahl Mitglieder und geladener Gäste hatten sich eingefunden, um diesen Tag festlich mit zu begehen. In seiner Begrüßungsansprache konnte der Vorsitzende des Vereins, Herr Professor Eitner, auch den Vertreter des Kultusministeriums, Herrn Oberregierungsrat Mal, sowie den Oberbürgermeister Dr. Finter als Vertreter der Stadt begrüßen. Mit seiner Begrüßungsansprache verband der Redner eine kleine Schilderung des sehr bewegten Lebens des Vereins. Bereits im Jahre 1840 hatte sich eine Anzahl Professoren des damaligen Polytechniums zusammengeschlossen, um in regelmäßigen Zusammenkünften sich die neuesten Erkenntnisse und Erfahrungen der Wissenschaft mitzuteilen. 12 Mitglieder waren es, zwei Jahre später waren es bereits 32. Nachdem im Jahre 1858 in Karlsruhe der Naturforschertag stattfand, kam auch wieder neues Leben in den Verein. Im Jahre 1862 wurde dann der Verein gegründet, der heute noch fortbesteht, wieder mit dem Vorsitzenden Eitner. Die sehr bewegten Zeiten der letzten 70 Jahre gingen an dem Verein auch nicht ohne Erschütterung vorüber, auch hier Zersplitterung der Interessen. Die kürzlich erfolgte Vereinigung mit der Kantgesellschaft muß den Weg für die Zukunft weisen. Unter dem großen Aufgabengebiet des Vereins ist besonders die Erdbenenkation wichtig. Der Verein hatte in Durlach und in Freiburg Apparate aufgestellt, die die geringsten Erschütterungen in unserm Lande feststellen sollten. Die Apparate litten aber unter der Feuchtigkeit ihrer Standorte sehr, so daß damit dauernde Kosten für die Neuinstellung verbunden waren. Durch den Weltkrieg mußten sie schließlich ganz stillgelegt werden. Nach dem Kriege war es eine der Hauptaufgaben des jetzigen Vorsitzenden Herrn Prof. Eitner, diese Apparate wieder in Betrieb zu setzen. Mit großen Kosten gelang die Ueberbringung nach Karlsruhe, wo sie heute in einem Abteil der Technischen Hochschule aufgestellt sind. Heute besitzt Karlsruhe eine gut funktionierende Erdbenenstation, der nur ein Instrument fehlt, um die Richtung der Erdbenenbewegungen jeweils feststellen zu können. Mit gutem Mut für die Zukunft schloß der Vorsitzende seine Begrüßungsansprache, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Den Festvortrag hatte Herr Prof. Eitner (Karlsruhe) übernommen, der über das Thema: „Die erdbiologischen Grundlagen von Volk und Staat“ sprach. Ausgehend von dem Ursprung der Völkerlehre, schilderte er deren Träger und wichtige Erkenntnismerkmale. An Hand von vielen Lichtbildern konnte er über die neuesten Forschungsergebnisse bei Pflanzen, Tieren und Menschen berichten, die bei den Züchtern große Aufmerksamkeit erregten. Was der Redner über das Thema Rassenlehre und Eugenik in Bezug auf unser Volk vorzutragen hatte, konnte keineswegs das Verständnis aller Anwesenden erregen. Große Anerkennung verdienen die Arbeiter des Vereins. Die Arbeiterklasse selbst hat die allergrößten Interessen an den Erkenntnissen dieser Wissenschaft. Die Arbeiten, die sie selbst leistet im Kreise der Kräfte und den Naturfreunden, sind ein bereichendes Zeugnis hierfür.

Die Polizei berichtet:

Einbrüche

In der Nacht zum Sonntag wurden ein Verkaufsbüchsen und das Klubhaus eines hiesigen Sportvereins von bis jetzt noch unbekannten Tätern erbrochen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind im Gange.

Ausfahrungen

Samstag und Sonntag nacht mußte die Polizei wiederholt wegen Ruhestörung, Körperverletzung und Sachbeschädigung einschreiten. Mehrere Personen wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Ermittelter Dieb

Am Sonntag beobachtete ein Mann in einer Weinstube einen Gast, der einen Gebrochtafel anhatte, welcher ihm vor 4 Wochen

in einem Kaffee abhanden gekommen war. Die Fahndungspolizei nahm den Verdächtigen fest, der nach einigem Weigern zugab, den Mantel f. St. gestohlen zu haben.

Ruhestörung und Widerstand

In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr mußte ein Polizeibeamter in der Grämerstraße in Durlach gegen mehrere Personen wegen Ruhestörung einschreiten. Hierbei leisteten die Ruhestörer erheblichen Widerstand, fielen über den Polizeibeamten her und brachten ihm nicht ungefährliche Verletzungen an Kopf und Armen bei, so daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Eine Anzahl Personen, die der Tat drinnend verdächtig sind, ist bereits festgenommen; sie sind Anhänger der kommunistischen Partei.

Verchiedene Verstöße gegen das Uniformverbot

gegen Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß auch nach Ablauf des Weihnachtsfriedens entsprechend den Bestimmungen der 4. Verordnung des Herrn Reichspräsidenten das Tragen von Mützen oder von einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer

politischen Vereinigung kennzeichnen, außerhalb der eigenen Wohnung verboten ist, und daß Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft werden.

A D G B., Ortsauschuß Karlsruhe, Durlach Eilingen

Nach unserem Bildungsprogramm lricht am Montag, 11. Januar, abends 7 Uhr, in unserem Volkshaus Kollege Schuler in Karlsruhe über das Betriebsrätegesetz. Nicht nur unsere Parteimitglieder, Betriebsräte und Vertrauensleute, sondern jedes Mitglied unserer Organisationen hat gegen Vorsehung seines Verbandes das Recht zur Teilnahme.

(-) Generalmusikdirektor Kreis nach Wien verpflichtet. Generalmusikdirektor Josef Kreis vom Badischen Landesopertheater in Karlsruhe, der kürzlich als Gastdirigent in Wien den „Eigenerbaron“ dirigiert, ist bereits fest an die Wiener Staatsoper verpflichtet worden.

Während des Inventur-Verkaufs

auch Haushaltsartikel außerordentlich billig!

Einige Beispiele:

Porzellan

Teller feston, hoch oder tief 25.
Fleischplatten groß 95.
Gemüseschüssel groß, rund 1,95
Tafelservice 23 teilig, Goldrand, feston 1325
Wirtschafts-Artikel
Kohlenschaufel schwarz lackiert 18.
Bettflaschen 1,05 90.
Kohlenfüller schwarz lackiert 1,60 95.
Ofenschirme 4,20 130

Emaile

Milchtöpfe grau 50.
Kaffeekannen farbig 60.
Eimer 28 cm 1,10 78.
Schmortöpfe 20 cm, grau 110
Glaswaren
Kompotteller verschiedene Muster 8.
Bierbecher 12.
Weinrömer auf hohem Fuß 30.
Glasschalen moderne Muster 23 cm 45

Zinkwaren

Besonders billig!
Waschwannen 85 80 75 70 cm
oval 6,20 5,65 4,75 3,90
Spülwannen 65 60 55 45 cm
oval 3,60 3,30 2,95 2,35
Eimer 32 30 28 cm
1,35 1,15 -95

Besonders billig!
Waschkessel 44 42 40 38 cm
4,95 4,20 3,65 3,50
Spülwannen 44 40 38 36 cm
rund 2,65 2,15 1,95 1,75
Badewannen 183 cm 170 cm
14.- 12.-

Verkauf III. Etage.

Steingut

Tassen weiß, groß 9.
Teller flach oder hoch, Stück 12.
Gemüseschüssel weiß 85.
Bündeltöpfe braun 90.
Teekannen braun 95.

10% Rabatt
a. alle nicht herabgesetzten Artikel mit Ausnahme der Markenartikel und Lebensmittel. Markenartikel fast durchweg gesenkt!

KNOPF

GLORIA PALAST

Ab heute Montag die unsterbliche Operette von Johann Strauß **Die Fledermaus** mit der ganz großen Besetzung 647
ANNY ONDRA
JUAN PETROVICH
GEORG ALEXANDER
Ein Ereignis von überwältigender humor-sprühender Fröhlichkeit
Tönendes Beiprogramm!
Anfang 3, 5, 7, 9 Uhr
Preise von 80 Pfennig an

Badisches Landes-theater

Montag, 11. Jan.
Vollabgabe:
Januarvorstellung
Nina
Komödie von Bruno Frank
Regie: Baumbach
Rittwirtende: Erbig, Mademader, Seifing, Genter, Heber, Brand, Rablen, Herz
Anfang 20 Uhr
Ende 22 Uhr
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Die 12. 1. Zum ersten Mal: Napoleon oder die hundert Tage.
Die 13. 1. 5. Sinfoniekonzert No. 14. 1.
Die 14. 1. 1. Im weißen Röhl. Sa. 16. 1.
Nachmittags Sonder-vorstellung Vollabgabe.
Der gestiefelte Kater.
Abend: Was ist Friedlich von Spontanus. So. 17. 1.
L. Morgenster Johann Strauß 11.15-12.30 (40 bis 80 Bg.).
Abend: Der Troubadour. Im Konzerthaus. Neu einstudiert. Der Wetter aus Dingda.

Schlafzimmer

Diese bietet, hochbelegtes, modernes, gemütliches, abgerundetes, mit Vogelkugeln abgeleitet.
590 RM.
Sie werden natürlich sofort fragen: „Wie ist das möglich?“ Das wollen wir Ihnen sagen. Ein Arbeitsaufwand brachte mit einem Aufwande 2 Schlafzimmern nach Karlsruhe. Wegen verpöblicher Eitelkeit sollte er solche wieder zurücknehmen. Da er dies vermeiden wollte und überdies sehr dringend Geld benötigte, überließ er uns diese Zimmer zu einem ungläublich niedrigen Preis. Diesen Vorteil lassen wir nun Ihnen zugute kommen. — Das Zimmer besteht aus: 1 dreiteilig, Garderobenschrank, 180 cm, mit Innenpiegel, 2 Bettstellen, 2 Nachttische m. Glasplatte, 1 Pfeilertisch, 2 Stühle. Statt der Pfeilertische kann auch eine Waschkommode geliefert werden. — Wenn Sie sofort oder später für ein wirklich erstklassig und hochbelegtes, hochbelegtes Schlafzimmer Verwendung haben, bitten wir Sie dringend, sich in diese Gelegenheit nicht entgehen zu lassen, denn das kommt nur einmal.“
649
Wohlfühlhaus
Weg 22
(neben Volkshaus)

Kundgebung für die Frauenarbeit

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Rathaussaal Vortrag von Frau Dr. Rosa Kempf, Frankfurt a. M.
Wirtschaftskrise u. Frauenarbeit
Eintritt frei. Gäste willkommen.
Verband für Frauenbestrebungen
mit vielen Karlsruher Frauenvereinen

Salzer

und Pfeifferer empfing im Reigen und Schwärzen künftlicher Oefen sowie Instandsetzung derelben. Billigste Preise. Nachm. Schreien Kaiserstr. 128. Telefon 2.66
Groß-Preisabgaben:
Damenhosen 2,60
Damenhosen 1,60
Damenhosen 1,20
Damenhosen 1,00
ein Aufschlag. Nur in Kleinvertrieb. Saubere Handarbeit. 642
K. Möller, Schuhm., Kreuzstr. 22, 11. Laden.

Resi

Ab heute Montag bringen wir ein ganz außergewöhnliches Tonfilm-Ereignis, das eine Sonderleistung der deutschen Film-Industrie darstellt.
Alle Vergünstigungen sind während der ersten 10 Tage aufgehoben.
Eintritt nur 2,30, 4,20, 6,20 und 8,20
Eintrittspreise Mk. 1.- bis 2,50
Kleinernter, Erwerblos, Jugendliche
Wochenpreise 2,30, 4,20 bis 8,20

Ein großes historisches Gemälde aus Preußens schwerster Zeit und seiner Auferstehung. Ein kraftvolles Bekenntnis zu Volk und Heimat, ein vaterländisches Filmwerk.

mit
Rud. Forster
Grete Mosheim
Hans Rehmann
Friedrich Kayssler
Raoul Aslan
Theodor Loos

Ein Film von Preußens Schicksalsstunde 1912 der Geschichte frei nachgestaltet von Hans Müller. — Produktion: Ernst Hugo Correll
Regie: Gustav Ucicky

n noch nie dagewesener Weise vereinigt dieses Werk in sich die Elite der deutschen Schauspieler!

DER DARSTELLER. 638
Der König Rad. Forster
York Werner Krauss
Barbara Grete Mosheim
Hardenberg G. Gründgens
Clauserwitz Lothar Mithel
Waedonald Raoul Aslan
Kleiat Friedr. Kayssler
Rüdiger Hans Rehmann
Noailles Walter Janssen
Seydlitz Günther Hadank
Roeder Theodor Loos
Natsmer Paul Otto

„Mit York präsentierte die „Ufa“ die Standardmarke des deutschen Films — ihr bisher größtes und schönstes Werk. Von höchstem künstlerischen Wert, hat die Ufa alle nur erdenklichen künstlerischen und technischen Mittel aufgebracht, um den Film unter möglicher Führung des historischen Geschehens als ein beispielloses Werk erstehen zu lassen.“

„Die schwerste Prüfung beginnt, die je ein Volk auf sich genommen hat. Wir werden sie bestehen, wenn wir einig sind. Deshalb tut eure Pflicht. Ihr tut sie für eure Leben und ihr tut sie für eure Kinder, damit euren Kindern einmal die Sonne über Deutschland schöner leuchten möge.“
Werner Krauss am Schluss des Tonfilms „York“.

„Wie das „Silberkonzert von Sanssouci“ beschneit und ergreift auch der York-Film alle Herzen und trägt Licht und Hoffnung in die Schwere unserer Zeit.“

Dieses Tonfilmwerk wurde an Weihnachten in den 100 größten deutschen Lichtspielhäusern uraufgeführt und werden Rekordbesucherzahlen gemeldet. Das Publikum ist von Werner Krauss und Grete Mosheim begeistert.

Geschlossene Vorstellungen. Einlaß nur 2,30, 3,20, 6,20, 8,20

Sängerbund „Vorwärts“ Kraus

Todesanzeige
Hiermit legen wir unsere berechneten Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen aktiven Mitglieds
Karl Catoir
in Kenntnis. 648
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr im hiesigen Krematorium statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Verwaltung.
Die Sänger treffen sich um 3/4 4 Uhr vor dem Krematorium.

Berufsergänzung

Morgen Dienstag, 10. 1. 1. 641
Wilhelmstraße 663
3 Betten mit Haarmatratzen, Waschkommode, 4 Schränke, Wäschekorb, Herd, Sofa, Gipseltonne, Kratzen, Kissen, Bettwäsche, Tisch, Stühle, Garderob, Stühle, Badewanne usw.

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)

Geschäftsstelle (nur Briefl.) Baselerstr. 22, Stb. 11
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffeehaus“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 1/2 Uhr.

Trotz den gewaltig herabgesetzten Preisen gebe auf sämtliche

Kamelhaardecken Wolldecken

10% Rabatt

Arthur Baer

Kaiserstraße 193.95
neben Drayfuss & Siegel
Verkaufsumme nur 1 Treppe hoch
Rablenkaufkommen 645

Berufsergänzung

Morgen Dienstag, 10. 1. 1. 641
Wilhelmstraße 663
3 Betten mit Haarmatratzen, Waschkommode, 4 Schränke, Wäschekorb, Herd, Sofa, Gipseltonne, Kratzen, Kissen, Bettwäsche, Tisch, Stühle, Garderob, Stühle, Badewanne usw.

Maß-Anzüge Oberz.

10 % an in ed. St. u. Zuchen, lang. Schräg, Smoking u. Cutaway anzüge, Hosen, Joppen, neu u. neuwacht, sowie Gelegenheitskost. neu, in Qualität.
Anzüge u. Mäntel
Kaufpreis billig.
Zähringerstr. 53a. 11

Zu verkaufen: 1 Wärter-

linbalken Nr. 3. 14
1 Wascherb mit Tisch 2-Fl.
10, 1 Stühle 4.50
und Schuhe 4.50, 1
Amerikanerfalter 15
Mathias Gut,
Brunnenstraße 6

Plakate

in ein- und mehrfarbiger Herstellung liefert schnell und preiswert die Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH, Karlsruhe, Waldstraße 29

ALLE Farben u. Lacke FÜR DEN Hausgebrauch

GUT und PREISWERT im

Farbenhaus Weststadt

KÖRNERSTR. 42 ECKE SOFIESTR.

Der Geschäftsmann

braucht Umsatzsteigerung. Beim Weihnachtsgeschäft hat er gehofft, daß er seine Läger räumt, sein Geschäft belebt und die Bezahlung seiner Lieferanten ermöglichen könnte. Dies ist nicht in vollem Maße eingetroffen.

Der Konsument

braucht Ware. Er hat bei dem jetzigen kargen Einkommen, bei der gesunkenen Kaufkraft nicht besonders viel kaufen können, trotzdem sein Bedarf groß ist. Beiden ist geholfen, wenn der Geschäftsmann, das was er verkaufen will, im Volksfreund anbietet. Der Geschäftsmann sichert sich dadurch die Käufer, die er braucht und der Konsument fährt, wo er das kaufen kann, was er benötigt.

Friedrich Töpfer

Raoul Lotteris-Einnehmer der eruß.-sidd
Klassen-Lotterie
Karlsruhe, Kriegsstr. 3a
Ecke Müppurter Straße
Telephon 6286
und Filialen.
Wesentliche Erhöhung der Gewinnmöglichkeit bei Verdreifung der Mittelgewinne bei gleicher Loszahl.
Ziehung IV. Klasse
13. und 14. Jan. 1932

Gelegenheit!

Eine Anzahl neue winter-warme Herren-Anzüge
u. Mäntel (auch leichte) billig abzugeben.
Kein Stück über 36.
Die Kleider sind aus modernen, guten Stoffen hergestellt, gut verarbeitet und haben in-belligen Stil.
Kaiserstraße 29 a.
3 Treppen.

Wer billig kaufen will, der geht zu

Josef Rieger

Karlsruhe
Amalienstr. 33.
Kohlen- und Gas-herde, Bade-Einrichtungen, sowie sämtliche sanitäre Einrichtungen.